



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Die Laufbahn eines deutschen Baubeamten von der Weimarer Republik bis zur jungen Bundesrepublik

Eine Fallstudie



Autor

Dr. Olaf Asendorf

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Ansprechpartner

Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Referat I 7 – Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz
Dr. Olaf Asendorf

Redaktion

Daniel Regnery

Stand

August 2019

Gestaltung

BlockDesign Kommunikation & Medien; ORCA Affairs GmbH

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bestellungen

gertrud.ziegenhals@bbr.bund.de
Stichwort: Geschichte

Bildnachweis

Asendorf: Titelseite; BBR-Bildarchiv: S. 39;
Bundesarchiv/Bildarchiv: S. 17, 18, 19 (oben), 20; Die Bauverwaltung 1952: S. 29; Die Bauverwaltung 1953: S. 36;
Die Bauverwaltung 1960: S. 24; Personalakte BArch: S. 6; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: S. 32;
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung/Rolf Unterberg: S. 27, 28; SS-Personalakte BArch: S. 21;
Stadtarchiv Bundesstadt Bonn: S. 26, 30; Stein auf Stein 1964: S. 25; Süddeutsche Baugewerkszeitung 1925: S. 8;
Thiersch 1961: S. 9; Zentralblatt der Bauverwaltung 1938: S. 19 (unten); Zentralblatt der Bauverwaltung 1939: S. 15 und 16

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

ISBN 978-3-87994-243-5

Zweite überarbeitete und erweiterte Auflage

Bonn 2020

**Die Laufbahn eines deutschen Baubeamten
von der Weimarer Republik bis zur jungen Bundesrepublik**

Eine Fallstudie

von Dr. Olaf Asendorf

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
1. Ausbildung zwischen Baukunst und Bauverwaltung	8
2. Der bayerische Baubeamte: Eine erste Chance und Nebentätigkeit	9
3. Eintritt in die NSDAP und Karriere in Berlin	11
4. Planen und Bauen für die SS	14
5. Die Aufnahme in die Allgemeine SS	21
6. Angeklagt in Traunstein	22
7. Von den Alliierten befragt	23
8. Oberbaudirektor in Bonn	24
9. Bauen für den Bundespräsidenten	26
10. Eine „moderne“ Bauaufgabe für den Bundestag	29
11. Adenauer, ein aufmerksamer Bauherr	31
12. Ein publizistisches Vermächtnis zum Neuanfang	33
13. Fachgremium für Kunst	35
14. Pensionierung und Auszeichnung	37
15. Weitere Fragen und Schluss	38
Fußnoten	40
Literatur	47
Namensregister	49
Bildverzeichnis	50

Liebe Leserinnen und Leser,

der Blick der Geschichtswissenschaft auf die Vergangenheit hilft uns, die Gegenwart besser zu verstehen. Aus dieser Perspektive heraus ist es zu begrüßen, dass das damalige Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im Dezember 2017 eine unabhängige Historikerkommission einberufen hat, die sich mit den Ressortaufgaben Planen, Bauen und Wohnen beschäftigt.

Zumindest für die Aufgaben des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) wurden bereits erste Schritte in diese Richtung unternommen. Andreas Kübler widmete sich in der „Chronik Bau und Raum“ der Geschichte des BBR und seiner Vorgängerinstitutionen. Wendelin Strubelt und Detlef Briesen arbeiteten in ihrem Buch „Raumplanung nach 1945“ Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland heraus. Ein Anfang war also gemacht. Besonders für den Bereich der Bau- und Planungspolitik jenseits der Raumforschung gibt es aber nach wie vor große Forschungslücken. Das betrifft vor allem personelle und fachliche Kontinuitäten vor und nach 1945.

Die vorliegende Studie, die nun in zweiter erweiterter Auflage vorliegt, ist vor der Arbeitsaufnahme der Historikerkommission begonnen worden. Sie flankiert die Arbeiten der Historikerkommission und will auf diese Weise einen Beitrag leisten. Dass sich der Autor der Person Karl Badberger zuwendet, war der Systematik geschuldet, mit der Vorgängerinstitution des BBR, der Bundesbaudirektion, und ihrem ersten Leiter zu beginnen. Schnell hat sich gezeigt, dass sich in der Person Badbergers viele Aspekte spiegeln, die auch in den Lebensläufen seiner Kollegen wiederzufinden sind. Auch wenn Badberger durch seine SS-Mitgliedschaft im besonderen Maße belastet war.

Wie in vielen anderen Verwaltungsbereichen gab es direkt nach 1945 keinen durchgreifenden Neuanfang der Bauverwaltung. Vielmehr wurde personell und organisatorisch an die ehemalige Reichsbauverwaltung angeknüpft. Der ganz entscheidende Unterschied aber ist, dass das bestimmende Umfeld der Bauverwaltung ab 1949 rechtsstaatlich-demokratisch geprägt war und blieb.

Ich wünsche Ihnen eine nachdenkliche Lektüre.



Dr. Markus Eltges

Leiter des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)



© Schafganz DGPh

Einleitung

Abb. 1:
Karl Badberger (ca. 1934)
Quelle: Personalakte BArch
PERS/101 48113

Eine lange Reihe gerahmter Fotografien der Leiter der Bundesbaudirektion (BBD) umzieht die hölzerne Täfelerung eines zentralen Bonner Sitzungsaals im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Die chronologische Reihung findet ihre Fortsetzung mit den Präsidenten des BBR. Die Fotografien vermitteln ein wohlgepflegtes behördliches Traditionsbewusstsein und vermitteln den Eindruck verlässlicher Kontinuität. Eine gleichfalls gläsern gerahmte Porträtgalerie der Bundesbauminister, die 1998 abbricht, ziert die gegenüberliegende Seite des Raums. Die Fotos sind beim Umzug des Bundesbauministeriums nach Berlin hier am Rhein verblieben.

Die Seite der Baubeamten führt Oberbaudirektor Karl Badberger an. Er war von 1949 bis 1953 der erste Leiter der Bundesbaudirektion. Wie seinen Nachfolgern im Amt kam ihm, ganz im Gegensatz zur gegenüberstehenden Ministerreihe, keine politische Macht zu. Vielmehr war er ein höherer Baubeamter, der mit seiner Behörde den politischen Willen der Verfassungsorgane baulich umsetzte. Folgt man dem Gedanken einer Traditionslinie, so war Badberger nicht der erste Leiter der Behörde. Er kann als Nachfolger von Oberregierungsbaurat Erich Voss gesehen werden, der eine lange Zeit die Reichsbaudirektion leitete.¹

Die Reichsbaudirektion Berlin wurde 1929 aus der Reichsbauverwaltung für die Reichsministerien gegründet, um die Schaffung einer höher bewerteten Direktorenstelle zu ermöglichen.² Ihren vielfältigen Aufgaben für die Reichsministerien kam die Behörde bis zu ihrer Auflösung 1945 nach. Aber auch Albert Speer, der als Generalbauinspektor der Reichshauptstadt über eine Machtfülle wie ein Ministerium verfügte, beschäftigte die Reichsbaudirektion mit Botschaftsbauten in Berlin. Der Gründungserlass für die Bundesbaudirektion aus dem Jahr



1949 ist beinahe identisch mit dem Gründungserlass für die Reichsbaudirektion aus dem Jahr 1929. Jedoch wurde das Wort „Reich“ im Erlassentext durch das Wort „Bund“ ersetzt (vgl. Kübler 2007: 125). Die Bundesrepublik knüpfte also an eine zur Zeit der Weimarer Republik gegründete Behörde an.³

Auch die übergeordnete ministerielle Bundesbauverwaltung wies nach 1949 in ihrer Struktur Kontinuitäten auf. Dort war es vor allem die Arbeitsebene des Ministerialapparats, die an die nach 1945 aufgelöste Reichsbauverwaltung anknüpfte. Diese gewollten Kontinuitäten bezogen sich auf die Teile der Reichsbauverwaltung, die nach einem mühsamen Findungsprozess erst zum Ende der Weimarer Republik zusammengeführt werden konnten. Die später hinzutretenden vielfach zersplitterten polykratischen Strukturen des NS-Staates mit seinen zahlreichen Reichskommissaren und NSDAP-Untergliederungen blieben zerschlagen.

Während sich die strukturellen Kontinuitäten deutlich zu erkennen geben, sind die personellen Kontinuitäten von der Reichsbauverwaltung bis zur Bundesbauverwaltung schwieriger darstellbar. Mit diesen personellen Gegebenheiten beschäftigt sich die vorliegende Publikation – primär aufgezeigt an einem Beispiel. Dafür wird zunächst die Verwaltung im Nationalsozialismus als Phänomen näher betrachtet. Neuere Forschungen zur Verwaltung zeigen, dass gerade der Wettbewerb unter den nur vordergründig chaotischen polykratischen Zuständen des NS-Staates mit all ihren Kompetenzüberschneidungen und Zuständigkeitsstreitigkeiten durchaus effizient und leistungssteigernd sein konnte (vgl. Reichardt/Seibel 2011: 7 ff.). Vieles deutet darauf hin, dass die Verwaltung zwar intransparent arbeitete, sich jedoch damit Voraussetzungen schuf, die ein effizientes Wirken ermöglichten. Hierzu war allerdings ein ausgeprägtes personelles Netzwerk nötig. Entscheidungen wurden oft auf informelle Weise und durch Improvisationen realisiert. Die Personennetze ermöglichten somit ein dynamisches Regieren. Besonders unter den schwierigen Kriegsbedingungen erwies sich dies als höchst wichtig (Reichardt/Seibel 2011: 16). Dass sich diese so erprobten Netzwerke im frühen Nachkriegsdeutschland in den Bundesbehörden als weiter wirksam zeigten, wurde vielfach festgestellt (vgl. die neueren Erscheinungen hierzu: Görtemaker/Safferling 2016 passim; Löffler 2016: 111 ff.; Münzel 2017: 494 ff.).

Für den Bereich der Bundesbauverwaltung wurde die Frage nach derartigen personellen Kontinuitäten bisher kaum untersucht.⁴ Am Beispiel des Ministerialrats und späteren Oberbaudirektors Karl Badberger betrachtet die vorliegende Publikation erstmals eine Laufbahn, die sich auch nach 1945 kontinuierlich fortsetzte. Zugleich macht sie deutlich, in welchem Maße Vernetzungen vor 1945 zu NS-

Organisationen möglich waren. Hierbei darf die Bedeutung solcher leitenden Baubeamten für die Staatsarchitektur und die damit verbundene Staatsrepräsentation nicht unterschätzt werden. Die folgende Betrachtung fußt auf Badbergers architektonischen Entwürfen und Veröffentlichungen. Gleichzeitig überdauerten Aktenbestände wie seine bis zum Jahr 1938 überlieferte Personalakte im Bundesarchiv.

Badbergers berufliches Wirken umfasste, kurz betrachtet, den Zeitraum vom Kaiserreich bis zur jungen Bonner Demokratie. Als Baubeamter war er, wenn auch spät, tief in den Machtapparat des NS-Staates verstrickt. Dies betraf keineswegs nur gegenstandsloses Verwaltungshandeln, sondern wird gleichfalls in den von Badberger geplanten und umgesetzten Bauten noch heute greifbar. Der ehemalige Baumeister für die SS, der sich selbst in seinem Lebenslauf im Jahr 1942 als „Spezialist für Monumentalbauten“ bezeichnete, plante und baute später die Schlüsselbauwerke der jungen Bonner Demokratie. In der Bundesrepublik wurden ihm zudem wesentliche staatliche Repräsentationselemente wie Kunst am Bau oder Siegel als dienstliche Zuständigkeitsbereiche zugewiesen. Als Autor und Mitglied der Redaktion der neu gegründeten Zeitschrift „Die Bauverwaltung“, die an die Stelle des früheren „Zentralblatt der Bauverwaltung“ trat, war er gemeinsam mit seinen ehemaligen Kollegen aus der Reichsbauverwaltung ein Hauptkommunikator des bundesrepublikanischen öffentlichen Bauwesens. Mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet ging Badberger 1953 in den Ruhestand.

1. Ausbildung zwischen Baukunst und Bauverwaltung

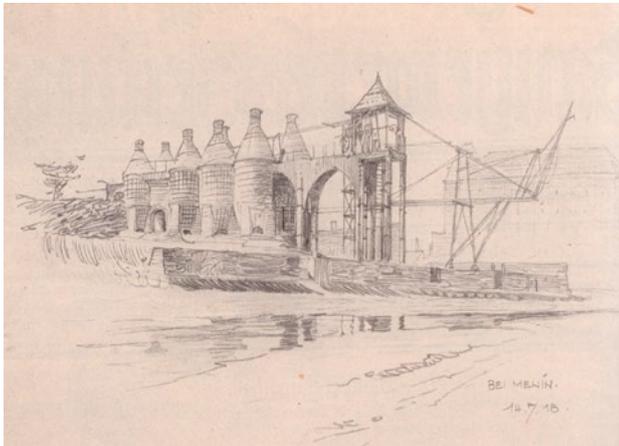


Abb. 2–3:
Badbergers publizierte
Zeichnungen
aus den Jahren 1915/16
Quelle: Süddeutsche
Baugewerkszeitung
1925: 228, 320

Karl Badberger gehörte als im Jahr 1888 Geborener zur Generation der Weltkriegsteilnehmer. So diente er von 1915 an im Nachrichtendienst in Flandern sowie in den Karpaten, in Galizien und in Mazedonien.⁵ Schwierige Fronteinsätze sind von ihm nicht überliefert. Eher deuten einige von Badberger später publizierte Zeichnungen von Architekturmonumenten aus seinem östlichen Einsatzgebiet, die mit ruhiger Hand detailliert aufgenommen sind, auf einen im Vergleich zu anderen Kriegsteilnehmern nicht lebensbedrohlichen Militärdienst hin (Badberger 1925a). Er verließ 1919 das Militär als Oberleutnant.

Aufgewachsen in München studierte Badberger vor dem Krieg an der dortigen Technischen Hochschule Architektur bei Friedrich von Thiersch. Der Architekt und Maler Thiersch gehörte in den 1910er-Jahren der bereits veralteten Schule des ausgehenden Historismus und Eklektizismus an. Seine Entwürfe zeichneten sich durch eine gekonnte Verwendung und Zusammenführung historischer Baustile aus. Er wusste zudem den damaligen Zeitgeschmack gut zu bedienen, indem er seinen Bauten einen monumentalisierenden Charakter verlieh. Noch heute lässt sich dies am Münchener Justizpalast, dem Kurhaus Wiesbaden oder dem Turm der TU München ablesen. Zeichnen nach antiken Vorbildern war für den Lehrer Thiersch wichtig. Die oben erwähnten Zeichnungen Badbergers während seines Kriegseinsatzes zeugen davon, dass der Unterricht Spuren hinterlassen hat.

Nach dem Studium schloss sich bis 1914 eine Referentenausbildung in Nürnberg und München an. Die Berufslaufbahn im öffentlichen Dienst war vorbereitet. Dennoch sah Badberger seine Zukunft weiter als entwerfender und gestaltender Planer. Er nahm deshalb ein einjähriges entlohntes „Baupraktikum“ an der Kunstakademie in Dresden bei Professor German Bestelmeyer auf. Bestelmeyer, der seinerseits Schüler von Thiersch war, übernahm wenig später die Professur seines Lehrers in München. Seinem Diktum einer „bürgerlichen Monumentalarchitektur“ blieb er auch in München weiter treu.⁶ Tatsächlich gelang es Bestelmeyer, sich für öffentliche Bauaufträge zu qualifizieren.

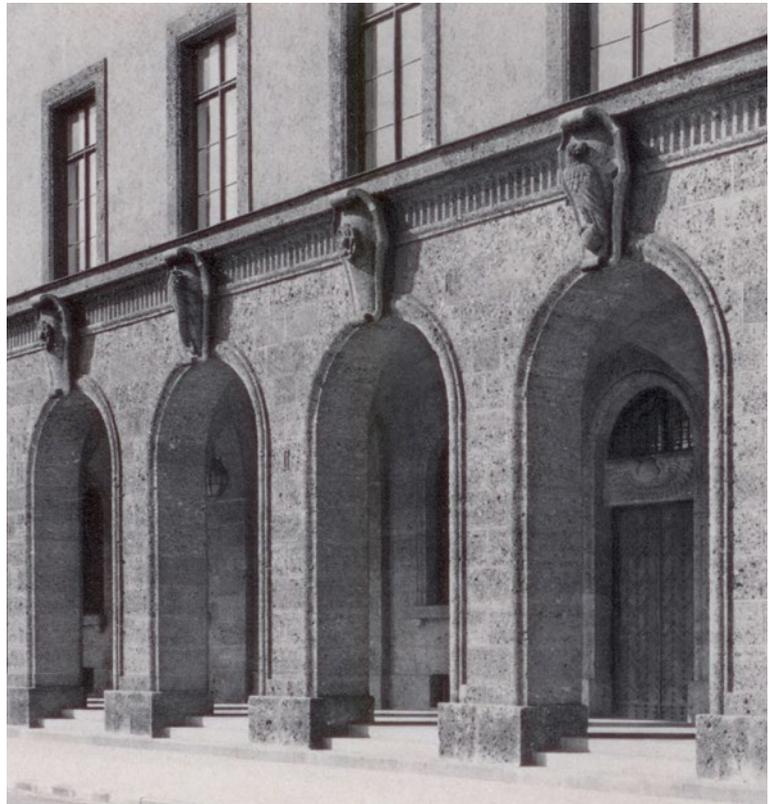
Auch im Münchener Kulturleben etablierte er sich einflussreich. So wurde er 1924 Präsident der Bayerischen Akademie der Künste. 1828 gründete er gemeinsam mit Kollegen wie Paul Schultze-Naumburg oder Paul Bonatz die Architektenvereinigung „Der Block“, um sich für eine konservativere Formensprache in der Moderne einzusetzen (vgl. Durth/Sigel 2009: 247 f.). Bestelmeyers Nähe zu staatlichen Entscheidungsträgern und sein Gespür für politische Befindlichkeiten machten ihn allerdings nach 1933 bis zu seinem Tod 1942 zu einem unrühmlichen Unterstützer des NS-Regimes (Petzold 2010: 297 f.). Badberger lernte bei ihm mit traditionellen Elementen und modernen Funktionsanforderungen umzugehen.

2. Der bayerische Baubeamte: Eine erste Chance und Nebentätigkeit

1919 legte Badberger seine Prüfung für den höheren Baudienst ab, um darauf eine Tätigkeit in der Eisenbahndirektion München anzutreten. Anschließend nahm ihn 1920 die Bayerische Bauverwaltung im Landbauamt München als Bauamtmann auf. Der Bayerischen Bauverwaltung sollte er bis 1932 angehören.

Seine Heirat im Jahr 1921 fand inmitten wirtschaftlich schwieriger Zeiten statt. Aufgrund der wirtschaftlichen Not war das öffentliche und private Bauwesen stark eingeschränkt. Dennoch ergab sich zwei Jahre später für Badberger unter nicht wesentlich besseren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Chance, eine größere Baumaßnahme übertragen zu bekommen. Bestelmeyer war inzwischen bereits derartig einflussreich, dass es ihm gelang, seine Berufung an die TH München mit der Bedingung zu verknüpfen, den Erweiterungsbau der TH München zu planen (Petzold 2010: 288). Der Durchführungsauftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für zwei neue Flügelbauten an der Arcisstraße erging dementsprechend im Januar 1923.⁷ Dem Baubüro, das ihm vom Land Bayern zur Seite gestellt wurde, stand der 35-jährige Karl Badberger vor.⁸ Wahrscheinlich hatte sich Bestelmeyer während seiner Dresdener Zeit an seinen ehemaligen Assistenten erinnert und seinen Einfluss für die Besetzung geltend gemacht. Neben der Münchener Baumaßnahme gelang es Bestelmeyer übrigens auch, sich die Planungen für den Neubau der Reichsschuldenverwaltung in Berlin zu sichern (vgl. hierzu ausführlich Welzbacher 2006: 47 ff.).

Badberger wurde für die Leitung des Baubüros vom Landbauamt abgeordnet und erhielt neben seiner Besoldung eine kleine monatliche Sondervergütung. Jedoch konnte er die Baumaßnahme nicht zum Erfolg führen; er scheiterte an der Aufgabe. Dies mag zum einen daran gelegen haben, dass sein erstes Kind zwei Tage nach der



Geburt Ende Juli starb.⁹ Zum anderen dürfte ihn die Übernahme der Schriftleitung der „Süddeutschen Baugewerkszeitung“ ab Juni 1923 belastet haben.¹⁰ Zudem dürfte die Bauleitung für Badberger unter den Bedingungen der sich dramatisch steigernden Hyperinflation schwierig geworden sein. Erst Mitte November 1923 setzte die Währungsreform dem finanziellen Chaos ein Ende. Badbergers Personalakte überliefert für Mitte Oktober die Gewährung von 14 Tagen Krankheitsurlaub „zur Festigung der noch angegriffenen Gesundheit“.¹¹ Eine Woche später gab das Bayerische Staatsministerium des Innern einem Antrag Badbergers statt und entthob ihn mit sofortiger Wirkung von der Stelle des Vorstands des Baubüros. Er wurde auf seine Stelle im Landbauamt München zurückverwiesen. Alle Sondervergütungen für seine Bauleiterzeit wurden eingezogen.¹²

Abb. 4:
Erweiterungsbau der TH München
Quelle: Tiersch 1961: 82

Seine Nebentätigkeit als Schriftführer der zweimal monatlich erscheinenden Süddeutschen Baugewerkszeitung führte Badberger weiter. Die Zielgruppe des schmalen Fachblatts war eine eher handwerklich ausgerichtete Leserschaft. In den Ausgaben ab 1925 sind erstmals eigene Beiträge von Badberger zu aktuellen Themen überliefert. Sie zeichnen sich durch einen schwerfälligen und gleichfalls leicht pathetischen Duktus aus, der vergeblich versucht, sich an einem wohl für ihn vorbildgebenden „Kunstwartstil“ anzunähern (Badberger 1925b, 1925c). Erst ab 1932 kam Bewegung in Badbergers berufliche Laufbahn. Er wurde ins Bayerische Staatsministerium des Innern zur Landespolizeiinspektion versetzt. Es folgte mit Beginn des Jahres 1934 eine Beförderung zum bayerischen Regierungsbaurat I. Klasse im höheren bautechnischen Dienst. Er wohnte in gehobener Lage an der Kaulbachstraße zwischen Leopoldstraße und Englischem Garten in München.

Arbeiten des entwerfenden Architekten Badberger, als den er sich in erste Linie sah, sind aus der Zeit kaum überliefert.¹³ Ihn dürften neben Verwaltungsaufgaben eher kleinere Sanierungs- und Baumaßnahmen beschäftigt haben. Die große Bauaufgabe blieb aus. Eine besondere Affinität zur Bildenden Kunst ist weiter festzustellen. Badberger gewann unter 500 Teilnehmern einen 2. Preis für seine Ideenskizzen zu

einem Kunstaustellungsgebäude in München.¹⁴ Ein Schreiben von German Bestelmeyer, der für die Einrichtung einer Erzgießerei in der Akademie der Bildenden Künste dankt, verrät, dass der Kontakt zwischen beiden nicht abgerissen war.¹⁵ Im September 1933 bat Professor Conrad Hommel Badberger um Unterstützung für die Straßendekoration an der Ludwigstraße anlässlich des Tages der deutschen Kunst im Oktober 1933.¹⁶ Die Bauleitung der NSDAP München-Oberbayern hatte den Porträtmaler Hommel mit der Umsetzung beauftragt (Davidson 1992: 320 f.).¹⁷ Obwohl der Duktus des anfragenden Briefes auf keine tiefere Bekanntschaft hindeutet, scheint Badberger als Ansprechpartner für die „Bewegung“ infrage gekommen zu sein. Badberger sagte zu, ließ sich aber bei dem vorbereitenden Treffen vertreten.¹⁸ Bezeichnend für das nun einsetzende System der nationalsozialistischen politischen Kontrolle ist, dass dieser eigentlich „halbdienstlich“ wenig beachtliche Vorgang Eingang in seine Personalakte gefunden hat. Der Vorgang entspricht der nach der Machtergreifung einsetzenden NS-Propaganda, von der auch die Ministerien berührt waren. Mit der politischen Neutralität der Weimarer Republik in den Ministerien wurde gebrochen, die Beamten waren aufgefordert, sich als „aktive Volksgenossen“ zu beteiligen (vgl. Schultz 2017: 85 f.). Für derartige NS-Veranstaltungen bestand die Möglichkeit einer dienstlichen Freistellung.

3. Eintritt in die NSDAP und Karriere in Berlin

Badberger war 47 Jahre alt, als er im Jahr 1935 in Berlin seinen Dienst beim Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern (RIM) für den Reichsstab der Landespolizei antrat. Es bot sich die Gelegenheit außerhalb seines bisherigen Wirkungskreises in München und unter einem gänzlich anderen Dienstherrn eine neu geschaffene Planstelle als Oberbaurat einzunehmen.¹⁹ Die Gelegenheit für seine Versetzung ergab sich daraus, dass die mit Führerbefehl angeordnete Verreichlichung der Landespolizeien umgesetzt wurde. Mit dieser Zentralisierung, die die Polizei an Heinrich Himmler und die SS heranführen sollte, war die Überführung aller Angehörigen vom Landes- in den Reichsdienst verbunden.²⁰ Hierzu gehörte auch der Baubereich. Der Schriftverkehr überliefert die Gründe für die Auswahl Badbergers auf diese Position im RIM nicht. Da jedoch für Baumaßnahmen im Ressortbereich des RIM die Baugruppe im Reichsfinanzministerium (RFM) zuständig war, erfolgte wiederum die Umsetzung Badbergers in eben diese Baugruppe.²¹ Die Baugruppe und die Bauverwaltung hatten den jeweiligen Haushalt der Ressorts baufachlich zu prüfen, die Pläne und Kostenvoranschläge für die Baumaßnahmen der Außenstellen zu bewerten und die Baudurchführung zu überwachen. Aus der Perspektive heutiger ministerieller Aufgaben erscheint es beachtlich, dass damals auch konkrete Entwurfsarbeiten zum Arbeitsalltag der Ministerialbeamten gehörten.

Die Sache begann für Badberger in Berlin gut. Noch im Reichsinnenministerium lief das Beförderungsverfahren zum Oberbaurat an. Nur eine „politische Stellungnahme“ fehlte noch, um sich der „Gesinnung“ des zu Befördernden aktenkundig zu versichern. Hiermit wurde ein letztlich hilfloses bürokratisches Verfahren angestoßen, das hier nur abgekürzt wiedergegeben wird. Am 28. Januar 1936 fragte die NSDAP (Stab Stellvertreter des Führers in München) bei der Gauleitung der NSDAP München-Oberbayern an, ob der vorgeschlagenen Ernennung zugestimmt werden kann.²² Einen Monat später antwortete die Ortsgruppe München-Siegestor der Münchener Gauleitung: „Badberger ist sehr zurückgezogen gewesen, hat sich grundsätzlich jeder politischen Äußerung enthalten, auf Gespräche politischer Natur hat er sich mit niemand eingelassen. Bekannt ist uns nur, dass er ein ungemein eingebildeter Beamter ist. Sein Benehmen ist ein anmaßend überhebliches. Als Person ist er nicht beliebt. Von Kameradschaft hat er keine Ahnung!“²³

Wohl auch aufgrund dieser wenig brauchbaren Aussage antwortete das „Amt für Beamte“ in der NSDAP Gau München-Oberbayern seiner Gauleitung, dass wegen fehlender „Vertrauensleute der Bewegung“ in der Landespolizeidirektion kein politisches Werturteil abgegeben werden kann.²⁴ Am 18. März 1936 mahnte der „Stab des Stellvertreters des Führers“ der NSDAP die Gau-

leitung um eine Antwort auf ihr Schreiben an. Ein halbes Jahr später übersandte das Personalamt des Gaus München-Oberbayern eine Beurteilung nach Berlin, die genau der der Ortsgruppe entsprach.²⁵ Zuvor, am 10. September 1936, mahnte das Reichsministerium der Luftfahrt, zu dem Badberger zwischenzeitlich umgesetzt werden sollte, in München die Beurteilung an.²⁶ Bis zur nächsten Erinnerung am 3. November 1936 schien keine Beurteilung Badbergers in München eingegangen zu sein.²⁷ Die Beförderung war inzwischen auch ohne politische Stellungnahme aus der Parteibürokratie mit Rückwirkung zum 1. Februar 1936 am 8. April 1936 vollzogen worden.

Möglicherweise unter dem Eindruck dieser Beurteilung, aber sicher auch um seine weiteren Beförderungsabsichten zu untermauern, trat Badberger als Nachzügler am 1. Mai 1937 in die NSDAP ein.²⁸ Dies war sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass seit Anfang 1936 nicht mehr nur die Hausleitung des Ministeriums über die Beförderungen entschied, sondern auch der „Stellvertreter des Führers“ in der Parteikanzlei einer Beförderung zustimmen musste (vgl. Schulz 2017: 67). Zwar blieb eine Parteimitgliedschaft nicht zwingend nötig für die berufliche Weiterentwicklung, jedoch dürfte ein derartig gesinnungspolitischer Nachweis sicherlich förderlich gewesen sein. Im Dezember 1937 rief

Generalbauinspektor Albert Speer öffentlich zur Teilnahme am Planungswettbewerb zur Schaffung einer neuen „Hochschulstadt Berlin“ auf (Zentralblatt der Bauverwaltung 1937: 1242; ausführlicher hierzu Larsson 1978: 70 ff.). Es wurden ausgesprochen hohe Preisgelder ausgesetzt; Hitler selbst sollte die Entscheidung treffen. Neben den erst noch zu findenden 15 Preisträgern eines Teilnahmewettbewerbes lud Speer persönlich 40 Architekten für den engeren Wettbewerb ein. Zu diesem Kreis der gesondert Geladenen zählten Architekten wie German Bestelmeyer oder auch Hans Freese, mit dem Badberger später das Auswärtige Amt in Bonn plante. Ebenso gehörten vier „beamtete Architekten“ in diese Reihe der präferierten Planer. Badberger konnte sich dazurechnen und bekam ebenfalls eine Einladung.²⁹ Er wertete dies auch später noch als Auszeichnung, die er nicht nur in seinem handgeschriebenen Lebenslauf für die SS für erwähnenswert hält, sondern auch 1953 zum Bestandteil seines Glückwunschartikels zum 65. Geburtstag in der Zeitschrift „Die Bauverwaltung“ machte (Die Bauverwaltung 1953: 57).

Im August 1938 wurden schließlich die ausgewählten 15 Preisträger bekanntgegeben. Weder Badberger noch seine drei Kollegen gehörten allerdings dazu. Sein planerischer Entwurf wurde nicht überliefert. Die Idee

der Hochschulstadt kam nie über das Entwurfsstadium hinaus. Dennoch zeigt das Verfahren, wie die Bauverwaltung durch die Beteiligung ausgewählter Einzelner mit dem Projekt emotional verbunden wurde, ohne den eigentlich zu erwartenden Widerstand zu erzeugen. Dies bedeutete einerseits Ausgrenzung, da die Ausschreibung einer solchen großen Baumaßnahme wahrscheinlich über die Reichsbauverwaltung hätte laufen müssen. Andererseits gehörten die geladenen Baubeamten zum Kreis der Konkurrenzwürdigen, was zweifelsohne eine öffentliche Auszeichnung darstellte. Die Bauverwaltung im RFM, die Badberger aus dem Innenministerium 1936 aufnahm, hatte sich erst zu Beginn der 1930er-Jahre in ihrem Aufgabenbereich finden können. Vorangegangen waren lange mühsame Kompetenzabgrenzungen zu den Bauaufgaben der anderen Ressorts. Auch der Status der Landesbauverwaltungen, die mit Reichbaumaßnahmen beschäftigt waren, musste bestimmt werden. Im Ergebnis verblieben eigene Bauverwaltungen auf Reichsebene nur noch in den Bereichen Wehrmacht, Post und Reichsbahn. Für alle weiteren Baumaßnahmen zeichnete sich die Baugruppe im RFM verantwortlich.

Zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme Badbergers bewegten sich diese Zuständigkeiten bereits

wieder auseinander. Die Bauverwaltung war nun den personellen Begehrlichkeiten sowie der Kompetenzabschneidungen anderer seit der Machtübernahme 1933 rasant wachsenden Organisationseinheiten ausgeliefert. Allen voran machten sich die „Dienststelle Speer“ und die „Organisation Todt“ in diesem Sinne bemerkbar. Dennoch gelang es der Bauverwaltung, sich unter diesen Bedingungen organisatorisch weiter auszudifferenzieren. Badberger wuchsen neben den Aufgaben für die Polizei zügig weitere Bereiche zu, sodass für ihn schließlich ein eigenes Referat geschaffen wurde. Badberger profitierte davon, dass er mit kriegsvorbereitenden Aufgaben für die SS beschäftigt war. Zudem war er mit der Vereinnahmung des Sudetenlandes und dem sogenannten „Anschluss“ Österreichs für dortige Bauaufgaben für die Polizei verantwortlich.³⁰ In einem Organigramm vom April 1941 sind Badberger die Bauaufgaben des Auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums, der Polizei, der Waffen-SS und der Konzentrationslager zugewiesen.³¹ Er betreute Baumaßnahmen für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Rostock und Mährisch-Schönberg (Die Bauverwaltung 1953: 57). Der überwiegende Teil seines Zuständigkeitsbereiches umfasste wohl kleinere Maßnahmen wie Sanierungen, den Bau von Depots und Unterständen. Die Baumaßnahmen für die SS forderten ihn besonders.

4. Planen und Bauen für die SS

Das SS-Bauwesen entwickelte sich nach 1935 sehr dynamisch und entsprach dem Bedeutungszuwachs der SS im NS-Staat. Ein großer Teil des SS-Haushaltes, der wiederum zum weitaus größten Teil vom RFM bewilligt wurde, fand für Baumaßnahmen Verwendung. Der weitaus geringere Anteil der Bauten wurde mit Parteimitteln errichtet. Wegen des raschen Anstiegs der Baukosten im Laufe der Haushaltsjahre musste der SS-Verwaltungschef Oswald Pohl regelmäßig im Reichsfinanzministerium vorsprechen, um Eterterhöhungen zu bewirken (Schulte 2001: 59 f. u. 250 ff.). Ein eigenes SS-Baubüro als Teil des SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes (WVHA) befand sich im Aufbau, litt aber zunächst darunter, dass sowohl die fachliche Erfahrung als auch die Planstellen fehlten (vgl. hierzu auch Schulte 2001: 59).

Das Verhältnis zwischen der SS-Bauverwaltung und der Reichsbauverwaltung ist bisher nicht erforscht. Die Untersuchungen von Jan Erik Schulte und Walter Naasner zur SS-Wirtschaft und zum SS-Verwaltungshauptamt befassen sich nur am Rande mit den Verbindungen zur Reichsbauverwaltung. Auch in der vorliegenden Publikation lässt sich dieser Bereich nur fragmentarisch auf den Lebenslauf Badbergers begrenzt darstellen, ohne zu einer abschließenden Bewertung zu kommen.

Zumindest kann der Umfang der ministeriellen Prüfung der SS-Haushaltspläne für die Baumaßnahmen beschrieben werden. Dazu gehörten die Mannschafts- und Wohnungsbauten der SS-Angehörigen sowie Kasernen-, Kommandantur- und Wirtschaftsgebäude.³² Aber auch Baukosten für die Konzentrationslager in Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg und Lichtenburg waren unter der Maßgabe strengster Geheimhaltung aufgeschlüsselt.³³ Badberger beschäftigte sich unter anderem mit den aufgelisteten Kosten für Häftlingsbaracken, Wachtürmen, Zäunen, Krematorien oder Appellplätzen. Hierbei ging es nicht um eine vertiefte Prüfung der einzelnen Haushaltspunkte, sondern vielmehr um eine Plausibilitätsprüfung

des Entwurfs. Allerdings fielen darüber hinaus auch Teile der SS-Baumaßnahmen in den Ausführungsbereich der Reichsbauverwaltung.

Jan Erik Schulte (2001: 250 ff.) führt aus, dass sich die Reichsbauverwaltung insbesondere dem Bau der SS-Kasernen angenommen hatte. Für die verbleibenden Bauaufgaben war die Bauabteilung der SS-Verwaltung zumindest auf fachliche Unterstützung der Reichsbauverwaltung angewiesen. Man einigte sich schließlich darauf, dass die Konzentrationslager von der SS selbst und ihren Häftlingen errichtet wurden. Für alle weiteren Baumaßnahmen außerhalb des Lagerzauns musste die Reichsbauverwaltung eingeschaltet werden.³⁴ Erst ab 1941 bewilligte das RFM Planstellen für Bauaufgaben. Ein Geschäftsverteilungsplan vom März 1942 wies infolge des Stellenzuwachses die Struktur einer „Amtsgruppe C Bauwesen“ im WVHA mit einer ausdifferenzierten Aufgabenverteilung unter der Leitung von Hans Kammler auf (Naasner 1998: 243). Die Gruppe C war für die Baumaßnahmen der SS einschließlich aller Konzentrationslager zuständig. Kammler persönlich wandte sich den Bau- und Erweiterungsplänen des Konzentrationslagers Auschwitz sowohl am Schreibtisch als auch vor Ort zu (vgl. Gutschow 2001: 192 ff.).

Die Amtsgruppe Bauwesen fand als Teil des SS-Verwaltungshauptamtes in Berlin-Lichterfelde mit Adresse „Unter den Eichen 135“ ihren Sitz.³⁵ Auch nach der Einrichtung der Amtsgruppe Bauwesen blieb Badberger im Gespräch mit der SS. Ohnehin blieb ihm die Zuständigkeit für die SS erhalten. Ein Geschäftsverteilungsplan aus dem Jahr 1943 weist seinem Referat weiter die Aufgabe zu.³⁶ Erörterungsbedarf bestand weiter reichlich. So sicherte sich SS-Brigadeführer Kammler für seine Baugruppe im Mai 1942 in Abstimmung mit Badberger auch die Zuständigkeit für Bauvorhaben außerhalb der Reichsgrenzen.³⁷ Dies war aus der utopischen Perspektive des SS kein kleines Zugeständnis. Mindestens 50 Prozent der Bauaufgaben sah Kammler außerhalb der jetzigen Reichsgrenzen liegen.



Das Bauvolumen der Waffen-SS werde, so Kammler, nach dem Krieg voraussichtlich etwa 1,3 Milliarden Mark jährlich betragen. Diesen Ausblick verband Kammler mit der Forderung an das RFM, Planstellen bereitzustellen: Für den bald anstehenden Beginn der so skizzierten Baumassen solle das Personal zur Verfügung stehen.

Wie bereits dargelegt wurden der genaue Umfang und die Art der Bauaufgaben, die die Reichsbauverwaltung für die SS übernommen hatte, bisher nicht untersucht. So gesehen sind die von Badberger verfolgten Planungstätigkeiten, die im Folgenden dargestellt werden, nur ein Ausschnitt im Rahmen einer biografischen Betrachtung. Gemeinsam mit Karl Reichle, dem Leiter der Baugruppe im RFM, und dem freien Architekten Wilhelm Weygandt plante Badberger Bauten für die SS-Leibstandarte Adolf Hitler. Ausgangspunkt war eine Ende des 19. Jahrhunderts entstandene preußische Kadettenanstalt in Berlin, die als bedeutendste militärische Ausbildungsanstalt galt. Sie genügte Mitte der

1930er-Jahre den wachsenden Raumanforderungen der sich dort zunehmend ausbreitenden Leibstandarte nicht mehr. Am Nordrand der Kasernenanlage wurden Erweiterungsbauten nötig. Für Badberger war dies die erste größere Baumaßnahme, die zudem die besondere Aufmerksamkeit des Regimes auf sich lenkte. Schließlich stand die Leibstandarte als Eliteeinheit direkt unter dem Befehl Hitlers. Welcher Anteil Badberger an den Entwurfsarbeiten zukommt, lässt sich nicht abschließend beurteilen, da nur wenige Planunterlagen überliefert sind.³⁸ Da sich Badberger vor allem als entwerfender Architekt sah und Reichles Arbeitskapazitäten durch die Leitung der gesamten Baugruppe im RFM gebunden gewesen sein dürften, ist Badberger wohl ein großer Teil der Planungen zuzuschreiben. Die Baudurchführung übernahm das Reichsbauamt Berlin II.

Zunächst war ein Aufmarschplatz zu gestalten, um den sich die Neubauten zu gruppieren hatten. An dem nach Osten offenen Platz entstanden von 1938 bis 1939 ein Wirtschaftsgebäude, das

Abb. 5:
Schwimmhalle der Leibstandarte Adolf Hitler in Berlin Lichterfelde, Ansicht Platzseite
Quelle: Zentralblatt der Bauverwaltung 1939: 804

Abb. 6:
Schwimmhalle der Leib-
standarte Adolf Hitler, Berlin,
Inneres mit 10-Meter-Turm
Quelle: Zentralblatt der
Bauverwaltung 1939: 806



an die Nordseite eines Altbaus gesetzt wurde, eine Toranlage mit spiegelbildlichen Anbauten sowie eine große Schwimmhalle auf der westlichen Seite. Die Bauakten aus den 1930er-Jahren ordnen die Maßnahme baurechtlich als Kasernenanlage ein (Schmitz 2009: 25 f.).³⁹

Heute nutzen die Berliner Bäderbetriebe die jüngst sanierte Schwimmhalle. Das BBR richtet das Wirtschaftsgebäude zurzeit baulich her, damit das Bundesarchiv es als Servicestelle und Magazin nutzen kann.

Tatsächlich gehörte die Leibstandarte als paramilitärische Einheit nicht zur Wehrmacht. Dennoch war folgerichtig eine Anlage mit eindeutig militärischem Charakter zu errichten. Wahrscheinlich griff die Reichsbauverwaltung, die nicht für Wehrmachtsbauten zuständig war, als Orientierungshilfe auf Heeresverwaltungsverfügungen zurück.⁴⁰ Die Heeresbauverwaltung hatte für ihre Kasernen bereits Vorgaben hinsichtlich der Baumaterialien und der Farben sowie zur Gruppierung der Gebäudetypen verfügt. Der

Außenputz der Kasernen sollte beispielsweise nicht zu hell sein; weiße oder gelbe Töne waren zu vermeiden (Schmitz 2009: 26). Die Anlage hatte sich städtebaulich der Umgebung anzupassen, um im Fall von Luftangriffen nicht allzu leicht als Ziel auszumachen zu sein. Noch heute lässt sich an den erhaltenen Bauten ablesen, dass diesen Anforderungen entsprochen wurde. Die Heeresverwaltungsverfügungen sprachen den Haupteingängen eine reichere Gliederung zu und ermöglichten es, Fensterrahmungen mit Werksteinen einzufassen (Schmitz 2009: 26). Auch diese Vorgaben lassen sich noch heute an den Gebäude ablesen. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass die Bauverwaltung frei war, ebenso eigenen tradierten Gestaltungsmustern für Verwaltungsbauten zu folgen. Zwar bestanden übergeordnete Richtlinien, zum Beispiel im Erlass des Reichsarbeitsministers zur „Anständigen Baugesinnung“ vom November 1936.⁴¹ Doch war dieser zum einen sehr offen formuliert, zum anderen war er an die Kommunen gerichtet. Selbst im Fall einer alle städtebaulichen Maßstäben sprengenden Planung wäre wohl kein ernsthaft wirksamer Widerstand aus dem kommunalen Bauamt zu erwarten gewesen.

Stilistisch stellen das Wirtschaftsgebäude und die Torhäuser eine Mischung von neoklassizistischen und modernen Elementen dar. Das flache, jedoch nicht sichtbare Dach stellt wohl die modernste Zutat dar, während die klassizistischen Teile durch ihre Reduzierung auf die wesentlichste Aussage modern wirken. Das Wirtschaftsgebäude ist zur Platzseite hin deutlich mit vorgeblendeten Pfeilern gegliedert, die mit einem Vorsprung eine Mittelachse bilden. Ein schweres umlaufendes Dachgesims und ein massiv wirkendes Sockelgeschoß unterstreichen den dominanten Charakter des Gebäudes. Die zwei Hauptgeschosse sind mit stehenden Fenstern unterteilt, wobei das zweite Geschoss hierarchisch mittels höherer Fenster übergeordnet ist. Die Freitreppe und der damit verbundene Eingang wurden nach 1945 baulich ergänzt.



All diese für die SS errichteten Gebäude sind ziegelsichtig und als solche in der traditionellen Hierarchie der Staatsbauten den verputzten oder den mit Hausteinfassade untergeordnet. Auch das Schwimmbad als moderne Bauaufgabe ordnet sich als Ziegelverblendbau mit Gliederungen aus Muschelkalk in die Gebäudefolge am Platz ein (vgl. Reichle 1939: 803 ff.; Schäche 1992: 392 ff.).

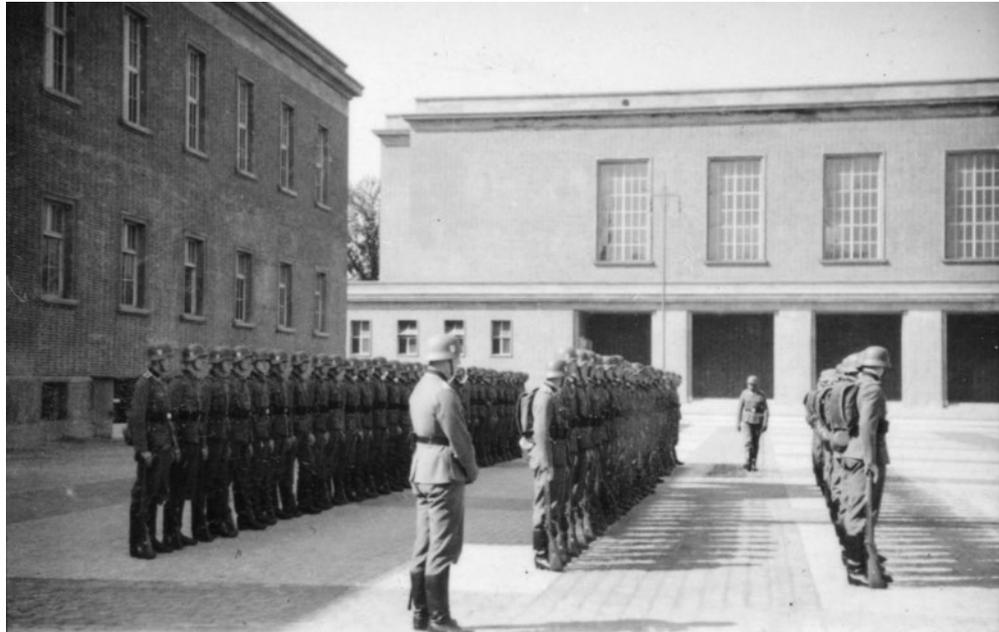
Vordergründig betrachtet eher konservativ gestaltet, erschließt sich im Inneren eine leicht wirkende Stahlbetonskelettkonstruktion mit Mauerwerksverkleidung. Mit dieser Tragkonstruktion ließen sich nicht nur bau- und betriebstechnische Anforderungen bewältigen, sondern auch ästhetische Ansprüche optimieren (vgl. Denkmalpflegerische Bestandsaufnahme Schwimmhalle 2008).⁴² Es entstand eine Schwimmhalle, die durch hohe Fenster und ein kassettenförmig angeordnetes Oberlicht gut belichtet war und gleichzeitig ein eindrucksvolles Raumerlebnis vermitteln konnte. Die Raumabmessungen wurden von der beachtlichen Größe des Schwimmbeckens von 25 x 50 m und der

Höhe des Zehn-Meter- Sprungturms vorgegeben. Diese Größe genügte hohen sportlichen Ansprüchen. Primär der Funktion gehorchend, wurden die beiden seitlichen Eingänge eher unauffällig in einer Pfeilervorhalle eingebracht. Die Innenräume wurden durch die großzügige Verwendung von Natursteinen geschmückt. Die Reichsbauverwaltung ließ zudem gutachterlich prüfen, ob sich das Glasdach mit einer sich öffnenden Funktion versehen ließ.⁴³ Letztlich erwies sich die Konstruktion jedoch als nicht tragfähig genug.

Zusammenfassend unterstrich das für damalige Verhältnisse großzügig bemessene Schwimmbad die besondere Bedeutung der Leibstandarte. Es stellt zudem eine an dieser Stelle zunächst unerwartet hohe qualitative Leistung der Baubeamten dar, die sich jedoch erst vom Inneren her erschließt.

Abb. 7:
Wirtschaftsgebäude der
Leibstandarte, Berlin
Adolf Hitler, Ansicht Platzseite
Quelle: Bundesarchiv/Bildarchiv

Abb. 8:
Wirtschaftsgebäude (links)
und Schwimmhalle
Quelle: Bundesarchiv/
Bildarchiv,
Bild 101III-Wisniewski-005-21A



Bei Gesamtbetrachtung des Wirtschaftsgebäudes, der Schwimmhalle sowie des Tores und der Toranbauten entsteht der Eindruck einer militärischen Anlage. Das Gebäudeensemble zeigt sich außenräumlich betrachtet als wenig innovativ, jedoch auch nicht als übertrieben ins Monumentale gesteigert. Die Fensterproportionierung und -einfassung, die Position der Pfeiler oder die Größe der Gesimse vermitteln den Eindruck des Schematischen und des lediglich Hinzugefügten. Das Glasdach der Schwimmhalle ist nicht sichtbar.

Derartige Gestaltungselemente lassen sich ebenso an anderen Verwaltungsbauten des Reiches oder Preußens beobachten. Diese Mischung aus konservativen und modernen Bauauffassungen, die durchgehend an den Lichterfelder SS-Bauten auszumachen ist, entsprach einer Gestaltungstendenz die bereits Ende der 1920er-Jahre eingesetzt hat. Sie ist an Kirchen und Kulturbauten sowie Büro- und Staatsbauten zu erkennen.

Christian Welzbacher (2016: 142 ff.) stellt heraus, dass Ende der 1920er-Jahre eine „formale Reduktion“ nötig war, um Modernismen und Traditionalismen zu verschmelzen. Durch diese Vereinfachung sei erst die Instrumentalisierung der Moderne bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg möglich geworden. Die Moderne wurde in ihren Extremen nivelliert und gleichzeitig mit klassizistischen Elementen monumental gesteigert. Dieser Einsatz von modernen und historischen Gestaltungselementen wird uns später im Bonner Bundespräsidialamt wieder begegnen.

Der Versuch, die Gebäude für die SS stilistisch als nationalsozialistisch einzuordnen, führt deshalb nicht weiter. Das immer wieder gewollte „Heroische“ der NS-Ideologie in Architektur zu übersetzen, hat den entwerfenden Architekten Badberger nicht interessiert. Auch von der selbst beschworenen Geschichtssymbolik der SS, in der Ordensburgen oder romanische Kirchen ein Vorbild gaben, hielten sich die Reichsbau-



Abb. 9:
Wirtschaftsgebäude mit
Torsituation, Berlin
Quelle: Bundesarchiv/
Bildarchiv,
Bild 101III-Boegel-007-28A



Abb. 10:
Erweiterungsbau des Reichs-
innenministeriums, Berlin,
Entwurf Dr. Nonn
Quelle: Zentralblatt der
Bauverwaltung 1938: 1

Abb. 11:
Gebäude der U.S.-
Militärregierung
(ehemaliges Gelände
der Preußischen Haupt-
kadettenanstalt), Berlin;
Datierung: 1948
Quelle: Bundesarchiv/
Bildarchiv,
Bild-183-19000-2620



beamten fern, um einem seit Ende der 1920er-Jahre gültigen Baustil weiter zu folgen. Ohnehin war Badberger weit entfernt vom gestalterischen Niveau, mit dem sich Zeitgenossen wie Albert Speer, Wilhelm Kreis oder German Bestelmeyer dem Regime angedient hatten – trotz der technischen Leistung des Schwimmbadbaus. Und doch findet sich in den künstlerischen Applikationen ein als unmittelbar erscheinender Verweis auf die nationalsozialistische Nutzung der Anlage.⁴⁴ Von der Finkensteinallee passierte man das Tor durch zwei massive Pfeiler mit Kolossalplastiken, die SS-Männer darstellten. An den plump und fast ein wenig grotesk auf das Soldatische reduzierten Figuren zeigt sich zumindest an dieser Stelle das unbedingte Bemühen einer heroischen Aufwertung. Während die US-Armee als unmittelbarer Nachnutzer der

Kasernenanlage die beiden Skulpturen bereits früh einbetonierte, blieb der Bildschmuck an den beiden Seiteneingängen zur Schwimmhalle erhalten. Jeweils zwei überlebensgroße Plastiken aus Granit, weibliche und männliche Gestalten in heroischer Pose darstellend, flankieren die Eingänge zur Schwimmhalle. Die Kunst am Bau an beiden Gebäuden geht auf den Bildhauer Hans Haas zurück, von dessen Schaffen ansonsten wenig bekannt ist.

Mit dem Ergebnis war die SS durchaus zufrieden. Das nicht mehr erhaltene Modell der Schwimmhalle wurde beim Reichssportführer im Haus des Sports aufbewahrt und wahrscheinlich dort gezeigt.⁴⁵ Anlässlich der internationalen Wasserausstellung in Lüttich wurde es 1939 auf Kosten der SS nach Belgien gebracht.

5. Die Aufnahme in die Allgemeine SS

Die im Bundesarchiv Koblenz überlieferte Personalakte Badbergers bricht 1936 mit der Beförderung zum Oberregierungsbaurat ab. Seine Ernennung zum Ministerialrat 1939 ist bereits nicht mehr enthalten. Auch von seiner SS-Mitgliedschaft wäre kaum etwas überliefert, wenn nicht das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sich seiner SS-Akte bemächtigt hätte. Dies geschah wohl zu Beginn der 1950er-Jahre, als das MfS begonnen hatte, Unterlagen aus verschiedenen Quellen zusammenzutragen, um eine zentrale Sammlung personenbezogener Unterlagen für eigene Zwecke aufzubauen. Schließlich gelangte die Akte nach 1990 in den Bestand des Berliner Bundesarchivs.

Der SS-Mitgliedschaft ging offiziell ein Vorschlag des Chefs der inzwischen „verreichlichten“ Ordnungspolizei voraus. Es heißt, Badberger sei mit dem Ziel der „Festigung seiner Bindung an die Polizei“ in die SS zu übernehmen.⁴⁶ Er solle als „Führer“ beim SS-Hauptamt in die Allgemeine SS aufgenommen werden. Der Vorschlagende stellte vor allem Badbergers fachliches Wissen heraus. Dies deutet darauf hin, dass Badberger für den Aufbau der von Kammler geleiteten Arbeitsgruppe C „Bauwesen“ im WVHA als Berater zur Effizienzsteigerung benötigt wurde (vgl. hierzu auch Schulte 2001: Anlage 3).

Wahrscheinlich galt auch, sich enger mit dem RFM zu vernetzen und die Kommunikationswege zu verkürzen. Auch die Frage der Geheimhaltung zwischen RFM und SS ließ sich durch die persönliche Bindung weiter absichern. Aus dem Vorgang ist weiter zu entnehmen, dass Badbergers SS-Dienstgrad bei der Aufnahme oder nicht allzu lange Zeit darauf dem eines Ministerialrates anzugleichen sei. Am 3. Dezember 1942 bewarb sich Badberger offiziell bei der SS. Da er mit 54 Jahren die Altersgrenze überschritten hatte, musste eine besondere Erlaubnis beigebracht werden.⁴⁷ Normalerweise war die Mitgliedschaft



Abb. 12:
Karl Badberger (ca. 1942)
Quelle: SS-Personalakte
BArch R9361 III 515117

in der Allgemeinen SS ehrenamtlich. Eine Ausnahme bildeten die „Führer“, die hauptamtlich eingestellt waren. Für Badberger ist eine „nebenamtliche“ Beschäftigung als „Führer“ dokumentiert. Es ist davon auszugehen, dass er aus seiner Tätigkeit im SS-Hauptamt Einkünfte erzielte. Er hatte das Recht, die Schwarze Uniform der normalen SS zu tragen. Wahrscheinlich machte er aber keinen Gebrauch davon. Zusammenfassend deutet sein später Eintritt in die NSDAP und in die Allgemeine SS eher auf Laufbahnmotivation als auf ideologische Interessen hin.

Tatsächlich wurde Badberger erst am 2. Februar 1943 als „Staffelmann“ in der untersten Rangfolge der SS aufgenommen. Der in Aussicht gestellte Beförderungssprung zum Sturmbannführer, der ungefähr dem Rang eines Majors in der Wehrmacht entspricht, schloss sich am 17. Juni 1943 an (vgl. Schulte 2001: Anlage „Dienstgrade der SS“). Am 1. Januar 1945 wurde er vom SS-Hauptamt aus der militärischen Not heraus in die 6. SS-Standarte versetzt. Der fast 57-Jährige wechselte zumindest formell zur kämpfenden Truppe. Weitere dienstliche Nachrichten aus der Kriegszeit vermitteln die Akten nicht.

6. Angeklagt in Traunstein

Erst im Juni 1948 setzen entfernt von Berlin – in Bayern – wieder aktenkundige Überlieferungen zu Badberger ein. Aufgrund seiner SS-Mitgliedschaft hatte er sich vor einer Spruchkammer in Traunstein zur verantworten.⁴⁸ Spruchkammern waren gerichtsähnliche deutsche Institutionen, die von den Alliierten zugelassen wurden, um über „NS-Belastete“ zu richten. Badberger gab dort zu Protokoll, dass er im März 1945 durch Bombenschaden seine Wohnung verloren hatte und anschließend Berlin Richtung Bayern verließ. Er war ohne Einkommen und hatte kein verfügbares Vermögen. Weiter ist aus den Prozessakten zu entnehmen, dass der Traunsteiner Anklage eine Gefangenschaft im Internierungs- und Arbeitslager Hammelburg vom Januar 1946 bis März 1948 vorangegangen war, die mit seiner SS-Mitgliedschaft in direkter Verbindung stand.⁴⁹

Üblicherweise hatten die Angeklagten sich im Spruchkammerverfahren selbst zu entlasten. Es war hierbei üblich, die eigenen „Entlastungsbestrebungen“ durch Zeugenaussagen zu belegen. Badberger führte im Verfahren aus, er sei nur „ehrenhalber“ Mitglied der SS gewesen, ohne jemals für die Organisation tätig geworden zu sein. Als Beleg führte er unter anderem Zeugen an, die schriftlich aussagten, ihn nie in einer SS-Uniform gesehen zu haben. Auch machte Badberger geltend, dass er keine beruflichen Vorteile

durch seine Mitgliedschaft erzielt habe, da seine letzte Beförderung zum Ministerialrat bereits 1939, also vor seinem Eintritt in die SS, stattgefunden habe. Zudem sei die SS-Mitgliedschaft an ihn herangetragen worden, ohne dass er diese habe ablehnen können. Sein ehemaliger und zukünftiger Kollege Ministerialrat Theodor Weil sprang Badberger mit einer Erklärung in diesem Punkt bei.⁵⁰ Die Auffassung, dass ein solches Amt nicht abzulehnen sei, habe, so Weil, auch der Reichsfinanzminister von Krosigk Badberger gegenüber mündlich vertreten. Auch die anderen Zeugenaussagen zur Persönlichkeit Badbergers bestätigten das von ihm selbst im Prozess erzeugte Bild eines letztlich unpolitischen, katholisch geprägten Künstlerarchitekten.

Für Badberger endete das Verfahren schließlich positiv. Gegen Zahlung eines „Sühnebeitrages“ von 300 Reichsmark wurde er als „Mitläufer“ eingeordnet und war somit weitgehend „entlastet“. Was diese „Entlastung“ konkret bedeutete, war unklar. Es wurde gesellschaftlich auch kaum hinterfragt, da die Spruchkammern wenig Ansehen in der Bevölkerung genossen. Aus heutiger Sicht erscheint es als verwunderlich, dass nur die SS-Mitgliedschaft Badbergers die Spruchkammer beschäftigte. Eine Bewertung in Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im RFM stand während des Prozesses nicht zur Diskussion.

7. Von den Alliierten befragt

Aus dem Nachlass eines Nürnberger Anwalts ist eine eidesstattliche Erklärung Badbergers vom April 1948 überliefert.⁵¹ Der Anlass der Erklärung ist nicht dokumentiert, der Bezug des Schriftstücks kann jedoch aus den Antworten rekonstruiert werden. Wahrscheinlich sind die vorab an ihn gerichteten Fragen mit den Ermittlungen der Alliierten zu den Nürnberger Prozessen in Verbindung zu bringen. Hierauf deuten seine Angaben zum Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hin, der im April 1949 verurteilt wurde. Möglicherweise ging es auch um die eigene „Reinwaschung“, um Beschäftigung in der alliierten Verwaltung zu finden.

Badberger musste sich zunächst für die Verantwortung der Reichsbauverwaltung hinsichtlich der Bauten der SS erklären. Er erklärte, diese sei lediglich formal gewesen. Bereits ab 1934 habe die SS begonnen, ihre Baumaßnahmen unabhängig vom RFM durchzuführen. Wünsche der Bauverwaltung, informiert zu werden, habe die SS ignoriert. Seine Bemühungen, den Anteil des RFM als gering dazustellen, stützte Badberger vor allem mit der Aussage, persönlich lediglich formal für die SS zuständig gewesen zu sein. Nach 1942 habe die Bauverwaltung im WVHA ohnehin ihre Aufgaben mit einer eigenen Bauverwaltung selbstständig erfüllt. Damit hätte sich auch die formale Zuständigkeit für das RFM erledigt. Der bereits oben erwähnte Geschäftsverteilungsplan vom Juli 1943 widerspricht dieser Darstellung: Badberger blieb weiter für die Waffen-SS und die Konzentrationslager zuständig.⁵² Auf den Bau der Konzentrationslager angesprochen, verwies Badberger auf die oben beschriebene tatsächlich bestehende Vereinbarung zwischen RFM und SS, die die alleinige Zuständigkeit der SS für diese Bauten regelte. Seine Aussage, weder das RFM noch eine unterstellte Dienststelle seien mit dem Bau von

Konzentrationslagern befasst gewesen, unterschlägt zumindest seine fachliche Befassung mit SS-Haushaltsentwürfen, die auch die Baumaßnahmen der Konzentrationslager zum Gegenstand hatten. Das Verhältnis zwischen dem RFM und der NSDAP sowie ihren Organisationen bewertete er rückblickend als negativ. Das RFM habe unter dem Verlust von Kompetenzen und Personalbestand gelitten.

Zur Amtsführung seines ehemaligen Ministers Schwerin von Krosigk befragt, hob Badberger dessen Qualitäten deutlich hervor.⁵³ Dieser hätte sich von seinen strengen Grundsätzen einer geordneten und sauberen Staatsverwaltung leiten lassen. Der schon in Badbergers Aussage zur eigenen Tätigkeit erkennbare argumentative Ansatz, einen Gegensatz zwischen Fachressort und NS-Regierung aufzubauen, findet eine Fortsetzung. Auch der Minister habe unter unbewilligten Ausgaben, die von der NS-Leitung veranlasst wurden, in seiner Amtsführung gelitten. Ein Ankämpfen dagegen sei vergeblich gewesen. Auch Hitler hätte mit seinen phantastischen Bauplänen ein schlechtes Beispiel abgegeben. Die Persönlichkeit des Ministers stellte Badberger in Abgrenzung der Privilegien, die NS-Funktionäre für sich in Anspruch nahmen, als sehr positiv heraus. Badberger beließ es nicht bei diesen Bekundungen, die aus Gründen der Selbstentlastung, aus tatsächlich gefühlter Loyalität oder auch aus einem wohlmöglich noch immer bestehenden Korpsgeist herrührten. Er richtet sich weitaus grundsätzlicher an seine alliierten Fragesteller: Schwerin von Krosigk sei ein vollkommener Gentleman gewesen. Dies sei nicht oberflächlich oder äußerlich zu verstehen, sondern hinsichtlich seiner ethischen Grundhaltung in bester angelsächsischer Bedeutung des Wortes.⁵⁴

8. Oberbaudirektor in Bonn

Abb. 13:
Theodor Weil,
Ministerialrat im BMF
Quelle: Die Bauverwaltung
1960: 217



Im Dezember 1949 forderte Ministerialrat Theodor Weil aus der sich gerade unter seiner Leitung zusammenfindenden Baugruppe des Bundesfinanzministeriums in Bonn Personalinformationen zu Badberger an.⁵⁵ Die Leitung der Bundesbaudirektion (BBD) war mit Karl Badberger zu besetzen. Weil und Badberger waren sich kollegial eng verbunden. Weil war bis 1945 Referatsleiter und Kollege in der Bauabteilung des RFM. Verdingungs- und Organisationsfragen bildeten den Schwerpunkt der Weil zugeteilten Aufgaben. Weil war drei Jahre älter als Badberger. Im Gegensatz zu Badberger gelang es ihm, nach 1945 eine Beschäftigung in der alliierten Verwaltung zu finden. Zudem konnte er den Verdingungsausschuss als ein wichtiges Gremium über den Zusammenbruch der Reichsbauverwaltung hinaus kontinuierlich zusammenhalten.⁵⁶ Obwohl er kurz vor der Pensionsgrenze stand, kam Weil somit eine Schlüsselfunktion für die Strukturierung einer Bauverwaltung im Bonner Bundesfinanzministerium zu.

Vor allem das Netzwerk des Verdingungsausschusses, der als „formlose Arbeitsgemeinschaft“ auf Beschluss des Reichstags seit 1921 bestand und dem RFM zugeordnet war, konnte in diesem frühen Stadium den Aufbau einer

neuen Bauverwaltung in Westdeutschland absichern.⁵⁷ In dem noch heute arbeitenden Ausschuss waren sowohl die Bauindustrie als auch die bauvergebenden Behörden vertreten. Dass die Bundesbauverwaltung dem BMF zugeordnet werden sollte, war zunächst nicht gesichert. Mit Gründung der Bundesrepublik und der Einrichtung der Bundesministerien stand der Baubereich grundsätzlich in seiner Ressortzugehörigkeit zur Diskussion. Dies weckte Begehrlichkeiten; der Verkehrsbereich meldete bereits Ansprüche an. Aber auch andere Ressorts reklamierten diesen wichtigen Bereich für sich. Auf welchem Weg der Baubereich schließlich im BMF wieder zusammenfand, wäre eine gesonderte Untersuchung wert. In diesem Zusammenhang war Ministerialrat Weil fachlich und organisatorisch eine wichtige Person. Er verkörperte auf Arbeitsebene die Kontinuität der Bauverwaltung, die er im BMF erklärterweise nach altem Vorbild personell und strukturell wiederherstellen wollte.⁵⁸

Schon drei Wochen nach der Personalaktenanforderung hatte Badberger seine Arbeit als Leiter der Bundesbaudirektion voll aufgenommen. Die dem BMF nachgeordnete Bundesbaudirektion war zuvor nach dem unmittelbaren Vorbild der Reichsbaudirektion (RBD) gegründet worden. Auch Bestimmungen der Reichsbauverwaltung blieben für die BBD weiter gültig (Kübler 2007: 125). Badberger führte nun die Amtsbezeichnung eines Oberbaudirektors. Verschiedenste Seite sprachen ihn jedoch überwiegend weiter als Ministerialrat an. Kurz nach seiner Ernennung konnte Badberger dem BMF bereits eine Haushaltsmittelanforderung und einen Stellenplan vorlegen.⁵⁹ Dies lässt darauf schließen, dass Weil und Badberger sich bereits längere Zeit davor auf eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit eingestellt und verständigt hatten. Ministerialrat Weil bemühte sich parallel hierzu um technisches Personal für die Bundesbaudirektion und bat um Abordnungen aus den Landesbauverwaltungen. Außerdem galt es, eine Baracke als Dienstsitz bereitzustellen.



Abb. 14:
Villa Hammerschmidt, Bonn
Quelle: Stein auf Stein 1964: 29

Mit der Ernennung von Bonn zur vorläufigen Bundeshauptstadt entstand ein großer Bedarf an Dienstgebäuden für die Verfassungsorgane. Noch 1949 mussten die Baumaßnahmen begonnen werden. So war, um nur die wichtigsten Baumaßnahmen zu nennen, für den Bundespräsidenten die Villa Hammerschmidt umzubauen und für den Bundeskanzler das Palais Schaumburg herzurichten. Daneben galt es unter anderem, eine Fülle von Neubauten für den Bundestag hochzuziehen. Zwar fanden sich neben Weil und Badberger weitere Baubeamte im höheren Dienst aus der ehemaligen Reichsbauverwaltung im BMF und der BBD wieder. Der weitaus größere Teil des personellen Unterbaus musste jedoch erst wieder rekrutiert werden oder aus den teilweise noch bestehenden Reichsbauämtern und Landesbauverwaltungen abgeordnet werden.

Für Badberger eröffneten sich nun zum Ende seiner beruflichen Laufbahn in Bonn Bauaufgaben, die in diesem Umfang vorher in der Reichshaupt-

stadt nicht möglich gewesen waren. Dies betraf nicht nur die quantitativ beachtliche Baumasse, sondern auch die Bedeutung der Aufgaben. Die Gebäude der zentralen Verfassungsgewalten der jungen Bonner Demokratie waren gänzlich neu zu planen oder grundlegend umzubauen. Auch wenn Baumaßnahmen stets unter dem Vorbehalt des Provisorischen standen und unter der Prämisse der Sparsamkeit errichtet werden sollten, standen sie als Schlüsselbauten staatlicher Selbstdarstellung im Blick der Öffentlichkeit.

Trotz dieser sich nun bietenden Möglichkeiten fand sich Badberger in der Position des Leiters einer nachgeordneten Behörde wieder. Seinem Vorgänger in der Reichsbaudirektion, Erich Voss, schrieb er vor 1945 noch Erlasse. Einem Beamten, dem unterstellt werden kann, dass er der diese hierarchischen Abstufungen tief verinnerlicht hat, muss dies eher wie ein Abstieg vorgekommen sein – was im Umgang mit Ministerialrat Weil, der nun für ihn zuständig war, nicht leicht gewesen sein dürfte.

9. Bauen für den Bundespräsidenten

Die spätklassizistische Villa Hammerschmidt nutzt der Bundespräsident noch heute als Zweitamts- und Wohnsitz. Badberger kam 1949 die Aufgabe zu, die Villa nach den Raum- und Repräsentationswünschen des ersten Bundespräsidenten umzubauen und einen Neubau für die präsidiale Verwaltung zu errichten. Das Bundespräsidialamt entstand im Regierungsviertel unmittelbar nordwestlich neben der Villa Hammerschmidt. Heute sitzt dort das Bundeskartellamt.

Eine erste Planunterlage für den Neubau vom 21. Dezember 1949, die Badberger unterzeichnete, zeigt an, dass die Arbeiten bereits begonnen hatten.⁶⁰ Es entstand ein zweigeschossiger Bau mit Flachdach, der zur Straßenseite von 16 Achsen gegliedert wird. Stehende Sprossenfenster und schlichte Lisenen bilden die Achsen. Dem zweiten Geschoss wird durch die höheren Fenster eine größere Bedeutung zugemessen. Den Bau schließt ein stark überkragendes Dachgesims ab. Es zieht sich um die gesamte Gebäudefront und ist dreifach gegliedert. Es trägt wesentlich zur klassizistischen Erscheinung der Straßenfassade bei.

Obwohl eine derartig streng gegliederte Schauseite nach einem mittelachsig gelegenen Eingang verlangt, ist dieser asymmetrisch in die rechte Gebäudehälfte gelegt. Dies ist lediglich dem Umstand geschuldet, dass ein Bestandsgebäude vom Neubau des Präsidialamtes bestehen blieb und sich die Zufahrt an diesem Bauwerk vorbei bewegen musste. So blieb der achsiale Blick von der Straßenseite auf den dominierenden Portikus gewahrt. Ein massives vorspringendes Gewände, das eine geschossübergreifende Fensterfront einrahmt, hebt diesen Eingang stark hervor. Zwei Kandelaber links und rechts am Gewände verstärken den beinahe monumentalen Eindruck. Der helle Verputz entspricht der präsidialen Bedeutung des Gebäudes.

Die repräsentative Eingangssituation mit Platz für Vorfahrten deutet auf einen Ort für Empfänge hin, dennoch hatte Badberger lediglich ein Verwaltungsgebäude zu planen. Die Staatsbesuche für den Bundespräsidenten fanden vor der Villa Hammerschmidt über eine Gartenzufahrt statt. Gleichwohl waren „präsidiale Würdeformeln“ in das Gebäude einzuarbeiten.

Abb. 15:
Bundespräsidialamt in Bonn
Quelle: Stadtarchiv
Bundesstadt Bonn





Badberger bediente sich eines Formenkanons, den er auch bei seiner letzten größeren Baumaßnahme für die SS-Leibstandarte vor zehn Jahren in Berlin-Lichterfelde einsetzte. Hierzu zählt das umlaufende Gesims, der dunkel gefasste Sockel, mit den Achsen stehende kleine Fenster, die Hierarchisierung der beiden Geschosse oder das unsichtbare flache Dach. Auf ihre rein ikonographische Bedeutung reduziert, verweisen tradierte und oft wiederholte architektonische Würdezeichen auf die staatstragende Bedeutung des Gebäudes. Vielmehr ist auch hier zu beobachten, wie klassizistische Elemente genutzt werden, um die eigentliche Modernität (auf welchem Niveau auch immer) in ihrer Erscheinungsform abzumildern.

Die ikonologische Bedeutung dieser Architekturelemente im zeitgeschichtlichen Zusammenhang mit zuvor für den NS-Staat entstandenen Bauten ist heute bei näherer Betrachtung auffällig. Zur Erbauungszeit des Bundespräsidialamtes wurden sie wohl eher als unverbindliche architektonische Gestaltungsmittel wahrgenommen, die seit Ende der 1920er-Jahre an Postämtern oder Rathäusern verwendet wurden. Außerdem strahlte der

zurückgesetzte Bau auch städtebaulich wenig aus. Im Verhältnis zur nebenstehenden vielfältig gegliederten Villa Hammerschmidt wirkt der Präsidialamtsbau steif und bezugslos. Weder ist eine bewusste Abgrenzung noch eine Übernahme von Gestaltungselementen zu beobachten. Zur sehr widersprüchlich der verspielte Neoklassizismus des Altbaus den Planungsgewohnheiten des Baubeamten. Zu beachten ist, dass es Badberger in der Person des Bundespräsidenten mit einem fachlich interessierten Bauherren und einem ausgeprägten „Kulturbürger“ zu tun hatte. Theodor Heuss war in den Jahren von 1918 bis 1933 in der Geschäftsstelle des Deutschen Werkbundes mit Aufgaben der „publizistischen und literarischen Vertretung des Werkbundgedankens“ beschäftigt.⁶¹ Heuss nahm diese Funktion also gerade zu einer Zeit der lebhaftesten Qualitätsdiskussion zu Handwerk und Industrie, Tradition und Moderne wahr. In diesem Sinne fühlte er sich auch als Bundespräsident weiter mit dem Werkbund verbunden. Vor diesem Hintergrund war eine besondere Befassung mit den Plänen der Bundesbaudirektion zu erwarten.

Abb. 16:
Bundeskanzler Konrad Adenauer verlässt das Bundespräsidialamt Bonn; 17. September 1953
Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – Bildbestand, B 145 Bild-00005187, Foto: Rolf Unterberg



Abb. 17:
Bundespräsident
Theodor Heuss (r.) im Gespräch
mit Willy Brandt, Regieren-
der Bürgermeister von Berlin,
im Bundespräsidialamt.
Quelle: Presse- und Informa-
tionsamt der Bundesregierung –
Bildbestand,
Foto: Rolf Unterberg

Tatsächlich beschäftigte sich Heuss persönlich mit der Neubaumaßnahme. Er gab schon vor Beginn der Arbeiten seine Prämissen hierfür bekannt. Die Baumaßnahme sollte sich vor allem durch „größtmögliche Sparsamkeit“ auszeichnen und ohne „Luxus“ auskommen. Dennoch wollte er ausdrücklich keinen „Befehlsbau“.⁶² Vermutlich schwang hier die Befürchtung mit, von den ehemaligen Reichsbaubeamten einen präsidialen Monumentalbau errichtet zu bekommen. Ansonsten dürften die sehr allgemeingültigen Wünsche des Bundespräsidenten die Bauverwaltung vor keine größeren Herausforderungen gestellt haben. Die überlieferten Aktenvermerke zeugen davon, dass Badberger und Weil sich mehrere Male beim Bundespräsidenten

einfinden mussten, um die Pläne detailliert zu erläutern.⁶³ Planungsänderungen durch Heuss sind nicht überliefert. Er ließ Badberger freie Hand und behielt sich lediglich vor, bei der Innenausstattung seine eigenen Vorstellungen einzubringen.⁶⁴ Das zurückhaltende Interesse des Bundespräsidenten an der architektonischen Gestaltung des Dienstsitzes überrascht – zumal sein Amtsverständnis stark vom betont symbolischen Handeln als Repräsentation des Staates geprägt war. In diesem Zusammenhang stiftete Heuss das Bundesverdienstkreuz als Anerkennung oder engagierte sich für die Gestaltung von Briefmarken oder Bundeswehruniformen. Möglicherweise hielt sein liberales Grundverständnis ihn davon ab, sich mit der Gestaltung des Bundespräsidialamtes zu beschäftigen (Günther 2014: 44 f.).

Im Oktober 1950 hielten Weil und Badberger die Begrüßungs- und die Baurede zur Richtfeier des Neubaus, zu der Bundespräsident, Bundesfinanzminister und Bonner Oberbürgermeister mit Beiträgen vorgesehen waren.⁶⁵ Eine spätere, vor 1960 entstandene Fotografie zeigt das Portal ohne Leuchter an den Gewänden. Stattdessen ist ein weit ausgezogenes modernes Vordach auf dünnen Stützen zu sehen, das nicht nur im auffälligen Kontrast zum massiven Eingangsgewände steht, sondern gleichfalls einen Widerspruch zur schweren Gesamterscheinung der Gebäudefront bildet. Ob bewusst eine Abmilderung der Eingangssituation intendiert war oder ob lediglich eine zusätzliche Funktionsanforderung für den Besucherverkehr erfüllt werden sollte, bleibt offen.

10. Eine „moderne“ Bauaufgabe für den Bundestag



Eine weitere unter den zahlreichen dringenden Bonner Bauaufgaben stellte die Erweiterung des deutschen Bundestags dar. Die Pädagogische Akademie mit den Um- und Anbauten von Hans Schwippert hatte sich 1949 schnell als zu klein für die Raumanforderungen des Deutschen Bundestags erwiesen.⁶⁶ Auch hier wurde die BBD sowohl bauausführend und planerisch tätig. Badberger selbst fungierte als Chefplaner. Es waren nun „dringlichst notwendige“ Zimmer für Abgeordnete, Räume für Ausschüsse und Möglichkeiten für die Unterbringung einer Bibliothek sowie des Archivs zu schaffen.⁶⁷ Die Platznot war in der Tat groß. Trotz der hohen Arbeitsbelastung, die mit der legislativen Etablierung der Bonner Republik zwangsläufig verbunden war, hatten nicht alle Abgeordneten ein Büro. Für viele Bundestagsabgeordnete mussten Besuche oder Besprechungen auf dem Gang oder im Restaurant stattfinden (Die Bauverwaltung 1952: 209). Um die Raumnot zu mildern, entstand 1951 weithin über den Rhein sichtbar ein siebengeschossiger Bau mit einem dreigeschossigen Flügel. 170 Räume, belegt mit je zwei Bundestagangeordneten, sowie vier Sitzungssäle und eine Bibliothek mit Lesesaal und Archiv fanden darin Platz.



Auch hier gab der Bundestag die Prämisse der „allergrößten Einfachheit“ vor. Dies war zum einen dem provisorischen Charakter Bonns geschuldet, zum anderen sollte die BBD auf eine eindeutige Architektursprache verpflichtet werden. Badberger bewies Anpassungsfähigkeit, indem er, wie er später ausführte, die „formale Gestaltung“ seines Entwurfs als „Anlehnung“ an den älteren Teil der Schippert-Architektur insbesondere des „Zwischenbaus“ verstanden wissen wollte (Die Bauverwaltung 1952: 214). Freilich ist von der sich stark öffnenden galerieartigen Architektur des Schwippertbaus nicht viel in den Badbergerbau übernommen worden. Den schlichten und geschlossen wirkenden Bau gliedern hauptsächlich liegende Fenster. Das erheblich zur Fassadengliederung beitragende liegende Fenstersprossenkreuz ist dem Vorbild der Pädagogischen Akademie entnommen. Ein weit auskragendes, aber dünnes Gesims schließt den Bau ab. Die Eingangssituation ist dezentral gelöst. Jede Achsialität vermeidend markiert ein ausladendes Vordach den Haupteingang an der nördlichen Gebäudeseite. Entstanden ist ein Bau, der formal die „stilistischen Elemente“ der klassischen Moderne übernimmt, ohne sie mit den Mitteln einer eigenständigen Planung weiterzuentwickeln.

Abb. 18:

Anbau Bundeshaus, Bonn

Quelle: Die Bauverwaltung

1952: 212

Abb. 19:

Haupteingang

Bundeshaus, Bonn

Quelle: Die Bau-

verwaltung 1952: 212

Abb. 20:
Bundesviertel Bonn,
Luftaufnahme
Quelle: Stadtarchiv Bundes-
stadt Bonn



Abb. 21:
Auswärtiges Amt, Bonn,
Luftaufnahme
Quelle: Stadtarchiv Bundes-
stadt Bonn



11. Adenauer, ein aufmerksamer Bauherr

Ein weiteres sich auch heute noch markant am Rhein erhebendes früheres Regierungsgebäude stellte das Auswärtige Amt (AA) dar. Von Beginn an ließen die weitgehenden Raumanforderungen des Auswärtigen Amtes keine andere Möglichkeit, als ein für damalige Verhältnisse hohes Gebäude am Rhein zu errichten. Auf der Grundlage von Entwurfsskizzen und Modellen der BBD wurden dem AA die Baumaßnahmen erstmalig präsentiert.⁶⁸ Darauf folgend fand ein beschränkter Wettbewerb statt, der im BMF vorbereitet wurde. Ministerialrat Weil kam die Aufgabe zu, sieben Teilnehmer vorzuschlagen. Der Berliner Architekt Hans Freese bekam schließlich den Zuschlag. Der 1889 geborene Freese gehörte der Generation Badbergers und Weils an. Ebenso wie Badberger studierte er vor dem Ersten Weltkrieg bei Friedrich von Thiersch an der TU München (vgl. Nachruf in: Baumeister 1953: 197). Möglicherweise werden sich beide schon aus dieser Zeit gekannt haben.

Freese war neben seiner freiberuflichen Tätigkeit als Architekt auch Professor an den Hochschulen in Karlsruhe, Dresden und Berlin sowie zeitweilig Stadtbaurat in Düsseldorf. Hervorzuheben ist, dass er vor 1945 zu dem ausgesuchten Kreis der Planer gehörte, die Speer im Arbeitsstab Wiederaufbauplanung ab 1941 zur Seite standen (Durth 1986: 194; Schäche 1992: 76).⁶⁹ Badberger beteiligte sich von Beginn an den Planungen. Aufgrund einer Krankheit Freeses übernahm Badberger die Planungsaufgaben. Auch nach dem Tod Freeses im Januar 1953 begleitete Badberger die Baumaßnahme weiter, obwohl er nun bereits pensioniert war.⁷⁰ Als Grundlage dafür war der „treuhänderische“ Auftrag der Witwe Freeses angegeben.⁷¹

Konrad Adenauer, ging der Ruf voraus, sich trotz erheblicher Arbeitsbelastung in viele Vorgänge

einzumischen und stets das letzte Wort behalten zu wollen. Bereits die Sanierung des Palais' Schaumburg als Regierungssitz hatte dies deutlich gemacht. Der Bundeskanzler gab präzise Anweisungen für die Sanierung des Altbaus, die sehr ins Detail gehen konnten (Bösch 2006: 15).⁷² Im Fall der Neubaumaßnahme für das AA hat ein Misstrauen gegenüber den Bundesbaubeamten aus der ehemaligen NS-Reichsbauverwaltung diese Tendenzen vermutlich noch verstärkt.

Zunächst erregten der erhebliche bauliche Umfang des Gebäudes und die damit möglicherweise verbundene monumentale Wirkung am Rhein das Interesse des Kanzlers. Er verlangte die Aufstellung eines Gerüsts, um die Baumasse und die Höhenentwicklung vor Ort beurteilen zu können (Sales Meyer in BBD Information 1978: 12; Kübler 2007: 129 f.).⁷³ Da sich ein Gerüst als zu teuer erwies, wurde die Höhenentwicklung mit Ballons des Wetterdienstes verdeutlicht. Adenauer nahm sich die Zeit für eine Bootsfahrt, um die so simulierten Gebäudeabmessungen vom Rhein aus zur Kenntnis zu nehmen. Auch danach ließ sich der Bundeskanzler im Palais Schaumburg wiederholt die Pläne vorlegen und von der Bundesbauverwaltung erläutern.⁷⁴ Seine Kritik richtete sich grundsätzlich weiter gegen das dominante Gebäude am Rhein. Dessen damalige Wirkung ist allerdings ohne „Langen Eugen“, Posttower oder Stadthaus inmitten kleinteiliger Gebäude Anfang der 1950er-Jahre anders zu bewerten.

Die von Adenauer geforderten alternativen Standorte kamen aus Platzgründen nicht infrage. Dennoch nahm Adenauer seine grundsätzliche Kritik an dem Gebäudeumfang nicht zurück. Er zeigte sich allerdings bereit, den Architekten Hans Freese zu akzeptieren und forderte vorbehaltlich seiner endgültigen Entscheidung Informationen.

Abb. 22:
Adenauer am Arbeitsplatz mit
selbst ausgesuchter Einrichtung
im Palais Schaumburg, Bonn
Quelle: Presse- und
Informationsamt der Bundes-
regierung – Bildbestand,
B 145 Bild-00008945



Auch nach der Entscheidung für die Freese-Planung fand die Baumaßnahme im April 1953 weiter die besondere Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers.⁷⁵ Der inzwischen im Auftrag der Witwe Freese handelnde Badberger legte dem Bundeskanzler zusammen mit zwei ehemaligen Kollegen aus der Bundesbauverwaltung Pläne für die Fassadenentwicklung vor, in die bereits die vorangegangenen Änderungswünsche Adenauers eingeflossen waren. Der Gesprächsvermerk macht Adenauers Bemühen sichtbar, die architektonischen Gliederungselemente in ihrer Wirkung abzuschwächen

und das Gebäude in seiner städtebaulichen Erscheinung zu nivellieren. Ein Vordach war zu verkleinern, auf senkrechte Fensterbänder weitgehend zu verzichten oder auf der Rheinseite durch eine Einfügung von Brüstungsgittern in ihrem Eindruck zu mildern. Handschriftliche Anmerkungen am Vermerk von unbekannter Hand merken die Undurchführbarkeit der zentralen Kritikpunkte an. In welchem Maße sich das Gebäude von seinem ursprünglichen Entwurf entfernt hatte, zeigt die Skizze, mit der Freese den beschränkten Wettbewerb gewann (vgl. Die Bauverwaltung 1952: 69).

12. Ein publizistisches Vermächtnis zum Neuanfang

Bis 1944 stellte das „Zentralblatt der Bauverwaltung“ das zentrale Nachrichtenorgan der öffentlichen Bauverwaltung im Deutschen Reich dar. Zuerst 1881 als preußische Zeitschrift ins Leben gerufen, verbreitete sie fachliche Neuigkeiten zwischen Hoch- und Tiefbau und vom Eisenbahnverkehr bis zum Rathausbau. Auch verabschiedete Gesetze, Erlasse und Personalnachrichten fanden dort Platz. Daneben waren internationale baukulturelle Nachrichten sowie bauhistorische Betrachtungen von Bedeutung. Der redaktionell sorgfältig betreuten Zeitschrift kam bald eine führende Rolle für das öffentliche Bauwesen zu. Im Oktober 1933 übernahm der preußische Baubeamte Konrad Nonn die Chefredaktion.⁷⁶ Er richtete das Zentralblatt im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber aus, ohne das traditionelle grafische Erscheinungsbild des Hefts wesentlich zu ändern. Zudem zeichnete sich Nonn selbst durch ideologisch scharf ausgerichtete Beiträge aus.

Unter diesen Voraussetzungen galt es nun, eine neue Zeitschrift für das öffentliche Bauwesen ins Leben zu rufen. In der ministeriellen Bauverwaltung kam Theodor Weil diese Aufgabe zu. Weil war bisher vor allem als Experte für Organisation und Vergaberecht in Erscheinung getreten. Es ist davon auszugehen, dass ihm die redaktionelle Erfahrung fehlte. Er verfügte jedoch mit dem von ihm betreuten Verdingungsausschuss über die nötigen Verbindungen zu anderen Bundesministerien sowie zu den Landesbauverwaltungen. Wahrscheinlich auch aufgrund der redaktionellen Erfahrungen nahm Weil seinen Kollegen Karl Badberger in die Chefredaktion auf. Im April 1952 erschien das erste Heft mit dem Titel „Die Bauverwaltung. Zeitschrift für behördliches Bauen“. Nicht nur der andere Titel, sondern auch die Heftgestaltung sollte in Abgrenzung zum Zentralblatt der Bauverwaltung einen Neuanfang deutlich machen. Die erste Ausgabe leitete Theodor Heuss mit einem präsidial geprägten und unverbindlich gehaltenen Vorwort ein. Als erster Fachbeitrag eröffnete ein Aufsatz Badbergers die neue Heftreihe.

Unter dem Titel „Der Staat als Bauherr“ gewährt der Beitrag einen Einblick in die Gedankenwelt des Baubeamten zum Ende seiner Laufbahn (Die Bauverwaltung 1952: 7). Enttäuscht wurde zunächst der Leser, der seinerzeit einen Ausblick auf die umfangreichen Aufgaben und Herausforderungen des Wiederaufbaus erwartete. Schon die ersten Sätze gehen in eine andere Richtung: Der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dasselbe könne man vom Bauen behaupten, führte Badberger aus. Die Verantwortlichen aller Zeiten hätten das erkannt und sich dieses wirkungsvollen Instruments für ihre Absichten bedient.

Es folgt ein grober Abriss zur Versinnbildlichung staatlicher Macht in der Architektur, die von der Antike bis zur Renaissance festzumachen sei. Architektur könne auch Sinnbild der politischen Ohnmacht sein. Als Beleg führt Badberger die deutsche Architektur nach dem Dreißigjährigen Krieg und nach den napoleonischen Feldzügen an. Er zieht das Fazit, dass es nun nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ähnlich schlecht um die Repräsentanz des deutschen Baugeschehens stehe. Es folgen kulturpessimistische Ausführungen über den zeitgenössischen Stand der Kunst.

Rückblickend grenzt Badberger sich, wie viele seiner bauenden Zeitgenossen, zum Barock und Jugendstil ab. Für ihn ist gute Architektur auch von der Persönlichkeit des Bauherren abhängig. Dem schließt sich eine halbherzige Loyalitätserklärung zum demokratischen Staat mit der Feststellung an, dass es auch in dieser Staatsform derartig prägende Persönlichkeiten geben könne. Baukünstlerische Leistungen seien keineswegs mit einer Staatsform verhaftet. Den Städtebau sieht Badberger in Verbindung mit einer vorausschauenden Bodenpolitik. Sie erfordere ungebundene Mittel jenseits der staatlichen Haushaltsgebarung und einen Mann mit weitgehenden Vollmachten. Er bewegt sich damit in dem Erwartungshorizont vieler Zeitgenossen, der von Großprojekten eines Albert Speer und den monumentalen Utopien der Moderne geprägt war.

Den Baubeamten stellt Badberger als Träger des Erfolgs oder Misserfolg staatlichen Bauens heraus. Er habe mit dem gleichzeitig stattfindenden Bauen und Verwalten zwei wesentliche Aufgaben zu erfüllen, die eine doppelte Begabung erfordern würden. Wohl auf sich selbst gemünzt führt er aus, dass es für den, der die Segel des Künstlers gesetzt habe, eine entsagungsvolle Aufgabe sei, beides miteinander zu vereinen.

Als publizistischer Aufbruch war der Beitrag ein Desaster. Weder wurde die Aufgabe der nun beginnenden Zeitschriftenreihe deutlich, noch

wurde eine Beziehung zum Vorbild gebenden Zentralblatt der Bauverwaltung aufgenommen. Naheliegenden Themen wie dem Umgang des behördlichen Bauens mit Tradition und Moderne wich Badberger aus. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass der pathetisch ausschweifende Duktus des Badberger-Aufsatzes keineswegs ungewöhnlich war. Viele seiner Zeitgenossen schätzten diese heute befremdlich wirkende Sprache als „künstlerische Aussage“.⁷⁷ Übrigens holte „Hauptschriftführer“ Weil erst zwölf Hefte später die eigentlich zu erwartende Publikationsperspektive nach und umriss das Profil der Zeitschriftenreihe (Die Bauverwaltung 1953: 101).⁷⁸

13. Fachgremium für Kunst

Die visuelle Repräsentation durch Kunst und weitere visuelle Kommunikationsmöglichkeiten war der jungen Bundesrepublik wichtig. Die oben erwähnten Bemühungen des Bundespräsidenten machen dies ebenfalls sichtbar. Dies sollte auf Arbeitsebene auch den gerade seinen Dienst wieder aufnehmenden Badberger beschäftigen. Schon 1949 begann sich der Deutsche Bundestag damit zu befassen.

So ersucht Badberger 1950 die Bundesregierung, ein Prozent der Bauauftragssumme für die künstlerische Ausstattung von Regierungsneubauten vorzusehen. Damit verbunden war die Bitte einen Kulturausschuss einzurichten. Da es kein natürlich dafür zuständiges Bundeskulturministerium gab, entschied der Bundeskanzler die Frage der Ressortzuständigkeit zugunsten des BMF. Dort fiel wiederum der Bauabteilung unter Theodor Weil die Aufgabe zu.⁸⁰ Allerdings war die Zuständigkeit des Kunstgremiums zunächst weit über den baulichen Bereich hinaus ausgelegt. So gehörte nicht nur Kunst am Bau dazu, sondern auch die Gestaltung von amtlicher Grafik im weitesten Sinne, also von Briefmarken, Dokumenten, Siegeln und Münzen. Vor allem Gestaltungswettbewerbe sollten für gute Ergebnisse sorgen.⁸¹ Die Arbeit des Gremiums berührte demnach von Beginn an auch andere Ressortbereiche wie das Post- oder das Innenministerium.

Auf Gestaltungsvorbilder aus der NS-Zeit wurde aus naheliegenden Gründen nicht zurückgegriffen. Angeknüpft werden konnte jedoch an die Vorbilder der Weimarer Republik. Diese waren hinsichtlich ihrer Hoheitszeichen, Staatsymbolik und künstlerischen Selbstdarstellung bereits gealtert und nicht ohne weiteres übertragbar, sodass eine angemessene Selbstdarstellung auf den verschiedensten Ebenen erst noch gefunden

werden musste. Auch fand das Gremium wenig Akzeptanz; nur wenige Projekte wurden aus anderen Ressorts herangetragen (Büttner 2011: 50). Sogar innerhalb des BMF kamen Zweifel auf, ob „baulich und architektonisch vorgebildete Beamte“ für die Auswahl von Briefmarken, Dokumenten, Münzen und Siegel verantwortlich sein sollten.⁸² Zuvor hatte bereits Weil seine Zuständigkeit für die Münzgestaltung damit zu untermauern versucht, dass Architekten für diese künstlerische Aufgabe befähigt seien, da sie auch auf dem Gebiet des Flachrelief ausgebildet wären.⁸³ Tatsächlich dürfte Theodor Weil als Vergabeexperte mit dieser Aufgabe fachlich überfordert gewesen sein. Dem gegenüber bot sich sein künstlerisch ambitionierter Kollege Karl Badberger in der BBD wohl geradezu für diese Aufgabe an. Weil blieb im Fachgremium für Kunst vertreten, überließ die Leitung allerdings Badberger.⁸⁴

Der ehemalige SS-Mann Badberger war nun für die zentralen Selbstdarstellungsmöglichkeiten der jungen Bonner Republik wesentlich mitverantwortlich. Und das zu einem Zeitpunkt, zu dem diese nach dem Vorbild der Weimarer Republik erst neu definiert werden mussten. Trotz der geringen Resonanz aus den Ressorts zeigen die überlieferten Fälle, wie groß die praktischen Umsetzungsprobleme waren. Für den vielfältig nötigen Einsatz des Adlers als Hoheitszeichen fand man keine genaue Vorlage. Weil musste sich schließlich an Edwin Redslob, den ehemaligen Reichskunstwart der Weimarer Republik, wenden, um wenigstens in den Besitz einer Abbildung zu kommen.⁸⁵ Andere Ressorts behielten sich mit Eigenkompositionen. So reichte das BMI Unterlagen in die BBD mit der Bitte ein, diese hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem früheren Reichswappen zu prüfen.⁸⁶

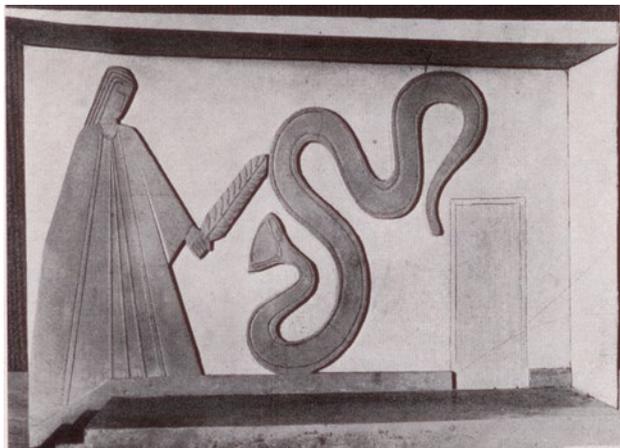


Abb. 23:
Wettbewerb Kunst am Bau
für das Bundeshaus, Bonn,
1. Preis
Quelle: Die Bauverwaltung
1953: 138



Abb. 24:
Wettbewerb Kunst am Bau
für das Bundeshaus, Bonn,
Ausgeführter Preis
Quelle: Die Bauverwaltung
1953: 138

Trotz oder vermutlich wegen der geringen Resonanz stellte das BMF 1953 noch einmal die breite Zuständigkeit des Gremiums fest. Es sollte über alle künstlerischen Fragen, die auf Bundesebene lagen oder die nach Anlass und Umfang über eine lokale oder regionale Bedeutung hinausgingen, geurteilt und entschieden werden. Hierfür konnte das Fachgremium die BBD oder die Landesbauabteilung mit Wettbewerben beauftragen. Ungeachtet der fachlichen Qualität und tatsächlichen Präsenz der Gremiumsmitglieder gibt der Arbeitsalltag Badbergers Hinweise auf den wenig kompetenten Umgang mit den Verwaltungsaufgaben des künstlerischen Bereichs.

So führte Karl Badberger für den von ihm selbst entworfenen Anbau des Bonner Bundeshauses 1952 einen Wettbewerb für Kunst am Bau durch. Die vorgegebene Aufgabe war, am Eingang des Gebäudes eine Wand von 4 x 6 m mit einer Plastik zu versehen. Das 13 Personen umfassende und damit personalstarke Preisgericht prüfte hierfür 333 Arbeiten.⁸⁷

Badberger beklagte zwar zuvor die hohen Kosten für den vom Bundestag vorgegebenen offenen Wettbewerb und die Aufwendungen für das Preisgericht.⁸⁸ Er kommentierte die eigentlich

nötigen inhaltlichen Vorgaben jedoch nicht. Später zog er in einem Beitrag für „Die Bauverwaltung“ ein Resümee. Er bemängelte die Qualität der Beiträge, ihre „Richtungslosigkeit“ sowie das fehlende „geschlossene Zeitbild“ (Die Bauverwaltung 1953: 137 ff.). Freilich lag dies vor allem an der thematisch offenen Ausschreibung und der unbegründeten Erwartungshaltung, dass für den Deutschen Bundestag in seiner ersten Legislaturperiode auch ohne Vorgaben eine besonders passende und aussagekräftige künstlerische Leistung zustande käme.

Dass das Fachgremium durch die BBD oder die Landesbauabteilung auch Aufträge direkt an Künstler geben konnte und auch die Möglichkeit bestand, Kunst direkt zu erwerben, brachte Begehrlichkeiten mit sich. Künstler und Kunstverbände sprachen vor und boten sich an. Badberger kaufte auch ohne Gremiumsbeteiligung Gemälde direkt aus dem Atelier.⁸⁹ Aber auch im Kunsthandel sah er sich um. So versuchte er zwei vermeintliche Dürerbilder für je 200.000 D-Mark (!) aus dem Kunsthandel zu erwerben. Die unzweifelhafte Feststellung des Direktors des Germanischen Nationalmuseums, dass dies spätere Kopien seien, hielt ihn schließlich davon ab.⁹⁰

14. Pensionierung und Auszeichnung

Auch im Ruhestand ab dem 31. Januar 1953 blieb Badberger der Bundesbauverwaltung verbunden. Mittels Werkvertrag wies ihm das BMF die Geschäftsführung „des bestehenden Fachgremiums für Kunst und Gestaltung amtlicher Grafik“ zu.⁹¹ Als Argument für die Vergabe werden seine besonderen Erfahrungen und außerordentlich vielseitigen Beziehungen zur gesamten Kunstwelt aufgeführt. Die finanzielle Ausstattung des Werkvertrags war großzügig. Der Differenzbetrag zwischen seinem Gehalt als aktiver Beamter und dem Ruhegehalt sollte so aufgefangen werden. Dies blieb nicht unhinterfragt, da der Bundesrechnungshof um nähere Erläuterungen zur Notwendigkeit der Beauftragung und der Höhe des Honorars bat.⁹²

Badberger verfolgte seine Tätigkeit für das Kunstgremium weiter und übernahm in diesem Rahmen die „künstlerische Oberleitung“ beim Neubau des Auswärtigen Amtes. Letzteres konnte er wohl gut mit seiner Tätigkeit für die Architektenwitwe verbinden. Das BMF in

Person des Unterabteilungsleiters Rossig nahm seine Pensionierung zum Anlass, ihn für einen Verdienstorden vorzuschlagen.⁹³ Begründet wurde dies mit seiner Persönlichkeit als „Experte des deutschen Kunstlebens“. Aber auch seine Bautätigkeiten vor und nach 1945 wurden hierfür herangezogen. Der Vorschlag stieß beim Bundespräsidenten auf Zustimmung, sodass Badberger am 29. Januar 1953 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen bekam.⁹⁴ Zudem wurde er für den Umbau der Bonner Nuntiatur mit dem Silvesterorden ausgezeichnet.

Noch bis zum 31. Januar 1955 verfolgte Badberger seine Tätigkeit für das Kunstgremium weiter. Schließlich beendete Ministerialdirigent Rossig den Werkvertrag.⁹⁵ Die Aufgaben, so Rossig, würden nun an ein neu gebildetes Referat übertragen. Mögliche Preisrichtertätigkeiten wurden Badberger tröstlich in Aussicht gestellt. Vereinzelt verfasste er noch bis Ende der 1950er-Jahre Aufsätze für die „Die Bauverwaltung“, ehe es still um ihn wurde.

15. Weitere Fragen und Schluss

Um aus der Laufbahn Badbergers verallgemeinerbare Erkenntnisse ableiten zu können, stehen biografische Vergleiche mit seinen Kollegen aus den benachbarten Referaten aus. Wie viele seiner Kollegen verdankte er seinen beruflichen Aufstieg den besonders herrschaftsnahen und systemstützenden Aufgaben, mit denen er sich zu befassen hatte.

Sein Haupthandlungsfeld war bis 1945 die Zuständigkeit für Polizeibauten, das im Laufe der Zeit um weitere Aufgaben ergänzt wurde und schließlich zu einem von ihm geleiteten Referat wuchs. Die Zuständigkeit für die polizeilichen Bauten dehnte sein Tätigkeitsfeld auch auf die SS aus, ohne dass ein Widerspruch oder eine Konkurrenz zu den eigenen ehrgeizigen baulichen Intentionen der SS sichtbar wird. Vielmehr unterwarf sich die SS zumindest bis 1942 mit einem großen Teil ihrer Baumaßnahmen der Haushaltskontrolle durch Badberger.

Nach jetzigem Stand ist eine Sonderbehandlung der SS-Bauten durch das RFM trotz der im Laufe der NS-Herrschaft immer mächtiger werdenden SS nicht erkennbar. Unbeeindruckt von der ideologiesatten eigenen Architektursprache der SS entwarf Badberger Bauten für die Truppe in der Tradition der Verwaltungsarchitektur, wie sie sich in den 1920er-Jahren herausgebildet hatte. Weitergehend kann dem Ministerialbeamten unterstellt werden, dass er zumindest grundsätzlich um den verbrecherischen Charakter der SS gewusst hat. Dennoch verhalf er der SS, ohne die ihm gesetzten bauverwalterischen und haushaltstechnischen Grenzen seines Referats zu überschreiten, zur Effizienzsteigerung. Damit war für ihn persönlich die Aufwertung seiner Tätigkeit verbunden, deren Früchte er nicht mehr ernten konnte. Mit dem Zusammenbruch des Staats 1945 fiel er aus seiner gesellschaftlich angesehenen Position nicht nur in die Arbeitslosigkeit – er floh zudem aus Berlin in die bayerische Provinz, um dort von den Alliierten interniert zu werden. Damit verlor er auch zunächst sein gesellschaftliches Umfeld.

Badbergers Personalakte aus bundesrepublikanischer Zeit ist nicht erhalten. Zumindest seine langjährige Referatszuständigkeit für die SS und die Konzentrationslager war klar erkennbar. Es galt jedoch 1949 unter schwierigen Bedingungen in kürzester Zeit eine Bauverwaltung aufzubauen. Badberger stand bereit; er wurde „entlastet“ und sollte ohnehin in wenigen Jahren die Pensionsgrenze erreichen. Auch fand er in seinem ehemaligen Kollegen aus der Reichsbauverwaltung Theodor Weil eine Person, die seine Wiedereinstellung vorantrieb.

Übrigens belegen die bereits vorliegenden ersten Erkenntnisse der historischen Forschungen für Bundesressorts, dass der Anteil von Personen mit NS-Vergangenheit in den Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden für die Nachkriegsjahre hoch ist (Münzel 2017: 494 ff.; Löffler 2016: 111; Görtemaker/Safferling 2016: passim). Für den Geschäftsbereich des BMF dürfte es sich möglicherweise ähnlich darstellen.

Auch nach dem Abgang Badbergers leiteten die BBD weiter Beamte aus der ehemaligen Reichsbauverwaltung. Sein Nachfolger Franz Sales Meyer, der bis 1958 Leiter der BBD war, zählt dazu. Aber auch Meyers Nachfolger Carl Mertz war bis 1945 in der RBD beschäftigt. Mertz, der noch von Badberger wieder eingestellt wurde, leitete elf Jahre die BBD. Ob sich diese personelle Kontinuität auch im ministeriellen Bereich feststellen lässt, ist noch zu erforschen.

Bemerkenswert ist, dass sich die Bauverwaltung sowohl im RFM als auch Anfang der 1950er-Jahre im BMF ihrem Alltagsgeschäft relativ unabhängig von der Hausleitung widmen konnte. Eingriffe oder Vorbehalte durch Minister oder Staatssekretäre in das Planen und Bauen sind kaum überliefert. Ideologisch bestimmte Eingriffe durch die NSDAP in Planung und Ausführung zeigen sich ebenfalls nicht. Auch von der Affinität Hitlers zur Architektur blieb die Reichsbauverwaltung unberührt. Für den Baubereich der SS zeigt sich eine einvernehmliche Zusammenarbeit.



Ob die Reichsbauverwaltung ähnlich reibungslos mit Albert Speer und dem Baubüro der Deutschen Arbeitsfront zusammenarbeitete, ist noch zu erkunden. Zu klären ist auch, in welchem Maße sich die Planenden und Bauenden der Verwaltung durch einen Korpsgeist untereinander verbunden fühlten.

Da zumindest die Entwurfsplanung hauptsächlich auf die Baubeamten zurückging, ist zu hinterfragen, wie bedeutend die prägenden akademischen Ausbildungen und die an den Universitäten gelehrteten Architekturauffassungen waren. Badbergers diffuse kulturpessimistische Haltung und sein wohl aufstiegsbedingter Parteieintritt deuten nicht auf einen überzeugten NS-Ideologen hin. Von Interesse ist deshalb, ob es weltanschaulichen Gemeinsamkeiten oder gemeinsame Denk- und Verhaltensmuster zwischen den Baubeamten gibt.

Die Betrachtung der unmittelbaren Leitungsebene über Badberger zeigt, dass zwei Personen die Entwicklung der Bauverwaltung maßgeblich beeinflusst haben. Carl Reichle gestaltete seit Anfang der 1920er-Jahre bis 1945 wesentlich die Entwicklung der Reichsbauverwaltung im RFM. Zudem gehen zahlreiche Entwürfe von Bauten für das Reich auf ihn zurück. 1951 trat mit Johannes Rossig eine ähnlich prägende Person in der Bauverwaltung des BMF an, die faktisch als Nachfolge von Reichle zu sehen ist. Theodor Weil ist hierbei nur als kurzfristiger Leiter des Übergangs zu sehen. Rossig kam ebenfalls aus dem Bereich der Reichsbauverwaltung und wurde zunächst 1949 von Badberger in die BBD übernommen. Er leitete bis 1970 den Baubereich im BMF. Die Geschichte der Reichs- und Bundesbauverwaltung wird sich wesentlich an diesen beiden Männern beschäftigen müssen. Sie stehen jeweils für eine Generation von leitenden Baubeamten

Abb. 25:
Richtfest Erweiterungs-
bau BMF, Bonn.
Etwas abseits rechts
Badberger 1951
Quelle: BBR-Bildarchiv

Fußnoten

- 1 Oberregierungsbaurat Erich Voss (1882–1944). Personalaktenauszug aus der Reichsbaudirektion im BBR-Archiv
- 2 Vermerk vom 12.03.1931 an den Staatssekretär vom Referat Reichle im Reichsfinanzministerium (BArch R2 31689). Die Stellenaufwertung scheiterte jedoch später, obwohl die Dienststelle gehoben worden war.
- 3 Zum Aufgabenspektrum der Reichsbaudirektion auch in Abgrenzung zu den Reichsbauämtern vgl. das Schreiben der Reichsbaudirektion vom 29.04.1932 an das Auswärtige Amt. Es legt die Organisation, Verwaltung und Zuständigkeit der Reichsbauverwaltung für einen Unterstaatssekretär im türkischen Finanzministerium dar (BArch R2 26692).
- 4 Zur Betrachtung von personellen Verflechtungen vor und nach 1945 setzt die Untersuchung von Werner Durth aus dem Jahr 1992 Maßstäbe. Er ging den biografischen Verflechtungen im Planen und Bauen am Beispiel des Arbeitsstabs von Albert Speer bis weit in die Nachkriegszeit nach. Andreas Kübler hat 2007 ausgehend von einem breiten über 200 Jahre umfassenden Betrachtungszeitraum eine grundlegende historische Übersicht für den Bereich des BBR und der Bundesbaudirektion vorgelegt. Mit dieser BBR-Gesamtchronologie wies er erstmals auf Kontinuitäten im nachgeordneten Bereich der Bundesbauverwaltung hin.
- 5 Laut Personalbogen der SS vom 14.06.1915 bis 10.01.1919 Kriegsteilnehmer. Frontkämpfer vom 28.12.1915 bis 09.11.1918 (BArch R 9361 III/515117)
- 6 Handgeschriebener Lebenslauf in SS-Akte. u. Besoldungsbogen in der Personalakte (BArch PERS 101/48114). German Bestelmeyer 1874-1942. Vgl. die unkritische und lückenhafte Monografie von Heinz Thiersch: German
- 7 Abschrift Schreiben des Staatsministeriums des Innern an die Regierung von Oberbayern und an das Landbauamt München zum Vollzug vom 25.01.1923 (BArch PERS 101/48114)
- 8 Im Schreiben vom 25.01.1923 heißt es hierzu: „Dem Baumeister wird ein Büro unterstellt, das aus einem Staatsbeamten als Vorstand, einem Architekten, einem staatlichen Bauführer, der erforderlichen Zahl von Bauzeichnern und einem Sekretär besteht“ (BArch PERS 101/48114).
- 9 Handschriftlicher Vermerk in Personalakte (BArch PERS 101/48114). Zwei weitere Kinder (Mädchen) werden später geboren (02.08.1926 und 11.01.1928).
- 10 Handschriftlicher Vermerk in Personalakte (BArch PERS 101/48114). Zwei weitere Kinder (Mädchen) werden später geboren (02.08.1926 und 11.01.1928).
- 11 Schreiben des Staatsministeriums des Innern vom 12.10.1923 an das Landbauamt (BArch PERS 101/48114)
- 12 Schreiben des Staatsministeriums des Innern an das Landbauamt vom 25.10.1923 (BArch PERS 101/48114)
- 13 Das Selbstverständnis als entwerfender Architekt belegt auch eine Aussage seines späteren Stellvertreters: „Badberger, der erste Leiter der Bundesbaudirektion, war ein prächtiger gütiger Mensch und ein nobler Charakter, der in der Bundesbaudirektion allgemeine Wertschätzung genoss. Er war Architekt nicht nur von Beruf, sondern von der Berufung her. Probleme der Verwaltung waren ihm fremd und unbequem. Er überließ sie am liebsten anderen, vorrangig mir.“ (Sales Meyer 1978: 9).
- 14 Schreiben des Stadtbauamtes München vom 07.12.1932. BArch PERS 101/48114. Sein gestalterischer Beitrag ist nicht zu ermitteln. Schreiben von G. Bestelmeyer an den Vorstand des Landbauamtes vom 11.02.1933 (BArch PERS 101/48114).
- 15 Schreiben von G. Bestelmeyer an den Vorstand des Landbauamtes vom 11.02.1933 (BArch PERS 101/48114)

- 16 Schreiben von Hommels Privatadresse an Badberger im Landbauamt vom 12.09.1933. Handschriftlicher Vermerk darauf von Badberger mit der Zusage (BArch PERS 101/48114)
- 17 Hommel (1883– 1971) war von 1933 bis 1938 Präsident der Secession. Hommels Schwester war die Mutter von Albert Speer. Er hatte seit 1933 die Leitung der Münchener Secession übernommen und porträtierte später zahlreiche nationalsozialistische Prominente.
- 18 Handschriftlicher Vermerk auf der Einladung zu Treffen vom 25.09.1933 (BArch PERS 101/48114)
- 19 Sein Wohnsitz war nun in der Barstraße 51, Berlin-Wilmersdorf)
- 20 Schreiben (Auszugweise Abschrift) des RFM vom 28.08.1935 an das Preußische Innenministerium, gez. Dr. Olscher (BArch PERS 101/48113)
- 21 Schreiben vom Befehlshaber der Landespolizei vom 30.04.1936. Übertritt in das RFM zum 01.04.1936 (BArch 101/48113)
- 22 Schreiben der NSDAP Stellvertreter des Führers, gez. Von Helms (?). Gesetzte Antwortfrist bis zum 11.02.1936, Eingangsstempel Gauleitung vom 29.01.1936 (BArch R 9361 II 27906)
- 23 Schreiben der NSDAP-Ortgruppe München-Siegestor vom 27.02.1936 an die Kreisleiterkanzlei in München (BArch R 9361 II 27906)
- 24 Schreiben der NSDAP Gau München-Oberbayern, Amt für Beamte vom 14.02.1936 an die Gauleitung. BArch R/9361 II 27906. Es wurden aufgrund der Anordnung des bayerischen Innenministers keine Vertrauensleute aufgestellt (BA R 9361 II 27906).
- 25 Schreiben des Personalamtes an den stellvertretenden Gauleiter vom 07.10.1936 zur Weiterleitung an den Reichsminister der Luftfahrt (BArch R 9361 II 27906)
- 26 Zur Umsetzungsabsicht: Schreiben vom Reichminister der Luftfahrt vom 19.11.1936: Oberregierungsaurat Badberger ist nicht in den Bereich der Reichluftfahrtverwaltung übernommen worden (BArch R 9361 II 27906).
- 27 Schreiben des Reichluftfahrtministerium vom 10.09.1936 und 03.11.1936 (BArch R 9361 II 27906)
- 28 NSDAP, Parteistatistische Erhebung 1939, gez. 07.08.1939 „Badberger“ (BArch R 9361/89)
- 29 Vgl. Handgeschriebener Lebenslauf in der SS-Akte (BArch R 9361 515117). Beplant werden sollte in einer ersten Wettbewerbsstufe ein Gelände außerhalb der Stadt, das sich zu beiden Seiten der Heerstraße bis in die unmittelbare Nähe des Stössensees erstreckte (vgl. DBZ 1938: 930 f.).
- 29 Handgeschriebener Lebenslauf in SS-Akte. u. Besoldungsbogen in der Personalakte (BArch PERS 101/48114). German Bestelmeyer 1874-1942. Vgl. die unkritische und lückenhafte Monografie von Heinz Thiersch: German
- 30 Schreiben des Abteilungsleiters IV im RFM an Herrn Dir 6 vom 22.10.1938 m.d.B. um Behebung des Personalmangels im Arbeitsgebiet des Oberregierungsaurats Badberger. Gez. W. (Wever) (BArch R2/31689 pag. 95)
- 31 Geschäftsverteilungsplan der Abteilung VII. In: Nachrichten des Reichsfinanzministeriums Nr. 23 vom 01.04.1941: 42. Badberger war zudem laut späterem Geschäftsverteilungspläne vom 19.04.1944 als verantwortlich für Hochschulbauten, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Denkmalpflege eingeordnet.
- 32 Zuleitungsschreiben RFM Referat I/13 am 04.10.1940 an Referat Badberger: „Anliegend übersende ich die von der Waffen-SS eingereichten Haushaltsvorschläge für 1939 und 1940 mit der Bitte um Durchsicht hinsichtlich der Bauten“ (BArch R2 43/II.).
- 33 Haushaltspläne der SS- Verfügungstruppe einschließlich Konzentrationslager von 1938 bis 1941 (BArch R2/9284)

- 34 Schreiben RFM an Reichsführer SS vom 22.10.1940. Abschrift für MinR Badberger. Betr. Bauvorhaben für Waffen-SS und Konzentrationslager. Beiliegend Gesprächsprotokoll vom 10.10.1940. Badberger stellt in der Sitzung lt. Protokolltext fest, dass die SS bereits im Begriff ist, eine eigene Bauverwaltung zu bilden. Eine klare Abgrenzung sei deshalb nötig. Die Abgrenzung wird wie folgt festgehalten: Das RFM ist für alle massiven Bauten der SS zuständig. Eine Ausnahme bilden unter den massiven Bauten die Konzentrationslager. Außerhalb der Reichsgrenzen ist die SS für alle Bauten zuständig, innerhalb der Reichsgrenzen für alle Barackenbauten und alle Bauten in den Konzentrationslagern. Zudem ist der Stellenbedarf sowie der Aufbau einer Bauabteilung im SS-Hauptamt protokolliert (BArch 27462) und (Schultz 2011: 251 f.).
- 35 Heute Dienstsitz einer Berliner Außenstelle des BBR
- 36 Geschäftsverteilungsplan des Reichsfinanzministeriums, Stand 10.07.1943 (BArch R2 30976)
- 37 Protokollauszug VII. Bauwesen ohne Datum. Handschriftlicher Vermerk „Min.Rat Badberger“. Am 30.05.1942 stimmt Badberger in einem Vermerk dem Protokoll mit Änderungen zu, die vor allem dahin gehen, die Aufsicht über die Baumaßnahmen der Polizei nicht zu verlieren (BArch R 2 9284).
- 38 Die Gebäude auf dem ehemaligen Kasernengelände saniert das BBR zurzeit für eine Nutzung durch das Bundesarchiv. In diesem Zusammenhang hat es ein denkmalpflegerisches Gutachten erstellt (Schmitz 2009: 24 ff.).
- 39 Eine Bauakte zur Kasernenanlage hat sich im Landesarchiv Berlin erhalten.
- 40 Noch zu untersuchen ist, inwiefern Badberger grundsätzlich seinen ministeriellen Aufgabenbereich mit eigenen Regelungen unterlegte.
- 41 In der Verordnung des Reichsarbeitsministers unter § 1: „Bauliche Anlagen und Änderungen sind so auszuführen, dass sie Ausdruck anständiger Baugesinnung und werkgerechter Durchbildung sind und sich der Umgebung einwandfrei einfügen. Auf Eigenart oder die beabsichtigte Gestaltung des Orts-, Straße- oder Landschaftsbildes, auf Denkmale und bemerkenswerte Naturgebilde ist Rücksicht zu nehmen“ (aus Teut 1967: 105).
- 42 Vorbilder für das Bad könnten das Stadtbad Mitte in Berlin (1929/30) von Heinrich Tessenow oder das von Werner March geplante Sportforum Berlin Charlottenburg (1934/35) sein.
- 43 Gutachten mit Schreiben der Oberfinanzdirektion an das RFM vom 29. Mai 1938 (BArch R2 27465)
- 44 Kunst am Bau war zur NS-Zeit ein geregelter Bestandteil der Baumaßnahmen (vgl. hierzu Büttner 2011: 11 ff.). Zur Übersicht eignet sich auch die von Anna Teut zusammengestellte Dokumentenauswahl (Teut 1967: 287 ff.).
- 45 Schreiben vom Reichssportführer an das RFM, Bauabteilung vom 12.04.1939 mit Mitteilung der Abholung (BArch R2/9277). Das RFM war Eigentümer des Modells, lehnte es aber zuvor ab, die Transportkosten zu tragen. Mit Schreiben vom 23.03.1939 übernahm der Reichsführer-SS die Kosten (BArch R2/9277). Am 10.04.1940 ging das Modell wieder zurück nach Berlin.

- 46 Schreiben vom Chef der Ordnungspolizei vom 18.08.1942 an das SS-Hauptamt (BArch R 9361 III 515117: 29252): „Der Parteigenosse Ministerialrat Badberger von der Hochbauabteilung des Reichsministers der Finanzen, Berlin-Wilmersdorf, Barstr. 51, ist seit der Verreichlichung der Polizei als hochbautechnischer Referent für Pol. Bauten tätig. Er hat sich in dieser Tätigkeit stets mit Hingabe gewidmet und in allen Fällen, auch gegenüber dem Pol. Haushaltreferenten des Reichsfinanzministers, die Belange der Polizei wahrgenommen. Ministerialrat Badberger ist jeweils bei den örtlichen Besprechungen meiner Unterkunftsreferenten bei den einzelnen Pol. Verwaltungen beteiligt. In Anbetracht dieser Tatsache, in Würdigung der Verdienste, die sich Ministerialrat Badberger um die Bauten der Polizei erworben hat, und zur Festigung seiner Bindung an die Polizei würde ich es sehr begrüßen, wenn Ministerialrat Badberger als Führer beim SS-Hauptamt in die allgemeine SS aufgenommen und sein Dienstgrad bei der Aufnahme oder nicht allzu lange Zeit nachher seiner Dienststelle als Ministerialrat angeglichen würde. Gez. Daluege“
- 47 Schreiben des Chefs des SS-Hauptamtes vom 11.12.1942 an das SS-Erfassungsamt BArch R 9361 II 4830)
- 48 Das Urteil der Spruchkammer Traunstein im Staatsarchiv München (SpKA K 2520 Badberger, Karl). Zur Bedeutung der Spruchkammern und der Entnazifizierung durch die Alliierten (Reichardt/Zierenberg 2008, S.206ff.) oder umfangreicher betrachtet und auf Bayern bezogen (Niethammer 1982, S.255ff.)
- 49 Wahrscheinlich kam es im Rahmen des „automatic arrest“ der Alliierten, der auch SS-Angehörige betraf, zur Inhaftierung.
- 50 Erklärung Min.Rat Weil vom 29.01.1946. (SpKA K 2520 Badberger, Karl, S. 31)
- 51 Eidesstattliche Erklärung aus dem Nachlass des RA Fritsch, von Badberger unterzeichnet und datiert Nürnberg, den 21.04.1948 (Archiv Institut für Zeitgeschichte, München, Signatur 1386/54).
- 52 Geschäftsverteilungsplan des Reichsfinanzministeriums, Stand 10.07.1943 (BArch R2 30976)
- 53 Zum genaueren Abgleich Badbergers Aussage hierzu im Wortlaut: „Über die Amtsführung meines ehem. Chefs, des Grafen Schwerin v. Krosigk bekunde ich folgendes: Er ließ sich, soweit ich meinem Fachgebiet der Reichsbauverwaltung Einblick hatte, ausschließlich von den traditionellen strengen Grundsätzen einer geordneten und sauberen Staatsverwaltung leiten, die ausschließlich das Wohl des Volksganzen und nicht die Interessen ehrgeiziger Ressortchefs im Auge hatte. Bei der infolge der Struktur des Dritten Reiches fehlenden Kontrolle der Ausgaben und Einnahmen durch ein verantwortliches Parlament, lag ihm die Aufrechterhaltung dieser Grundsätze besonders am Herzen. Leider wurde ihm die Durchsetzung seiner Prinzipien dadurch in weitem Umfang unmöglich gemacht, dass verschiedene Ressortchefs unter Bewilligung zu machen. Hitler ging selbst mit seinem phantastischen Bauplänen mit entsprechendem Beispiel voran, so dass ein Ankämpfen gegen die entsprechenden Pläne der Ressorts aussichtslos und unmöglich war.“
- 54 Der Reichsfinanzminister wird in neueren Forschungen der Historikerkommission des BMF durchaus kritisch bewertet: „Das Reichsministerium der Finanzen spielte im ‚Dritten Reich‘ beileibe keine Nebenrolle. Weder war es eine ‚Aufsichtsbehörde ohne politischen Rückhalt‘, noch fungierte Lutz Graf Schwerin von Krosigk, der dem Haus von 1932 bis 1945 vorstand, lediglich als ‚Hauptbuchhalter der Nation‘. Eine solche Interpretation liegt auf der Linie der Entlastungsstrategie leitender Beamter des Reichsfinanzministeriums nach 1945.“ Historikerkommission des BMF/Reichsfinanzministerium von 1933–1945, 15.03.19. Zugriff: <http://www.reichsfinanzministerium-geschichte.de/projekt>.

- 56 Vermerk der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 21.06.1949 zur Angliederung des Deutschen Verdingungsausschusses für Bauleistungen an die Verwaltung für Verkehr (BArch 126 10661/a)
- 57 Vorlage für die Sitzung des Verwaltungsrates der Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vom 15.06.1949 zur Angliederung des Deutschen Verdingungsausschusses für Bauleistungen an die Verwaltung für Verkehr (BArch 126 10661/a)
- 58 „...vor allem liegt mir daran, dass überall Kollegen der ehemaligen Reichsbauverwaltung dabei beteiligt werden...“. Schreiben Weils an Franz Sales Meyer vom 19.01.1951 (BDD-Informationen 1978: 7; Kübler 2007: 126)
- 59 Schreiben gez. „Badberger“ vom 22.12.1949 (BArch 157 6847)
- 60 Grundrissentwurf „Palais Hammerschmidt“ im Planarchiv des BBR. Das Präsidialamt wird zudem 1960 in einer Übersicht zu den Bauten des Bundes als „Bundesbaudirektion – Karl Badberger“ bezeichnet. In: Planen und Bauen 1960: 14; Kübler 2007: 129
- 61 Zur Tätigkeit von Heuss im Werkbund (vgl. Gundel 2013: 83 ff.): Heuss brachte vor allem seinen politischen Einfluss und seinen gesellschaftspolitischen Blickwinkel in Arbeit für den Werkbund mit ein.
- 62 „Was die Instandsetzung der Villa Hammerschmidt und den Aufbau des Bundespräsidialamtes auf dem Gelände dieser Villa anbetrifft, möchte ich Ihnen zur Unterrichtung der Baudirektion des Bundesministeriums der Finanzen mitteilen, dass ich für größtmögliche Sparsamkeit bei diesem Bauvorhaben eintrete. Ich habe diesen Standpunkt bekanntlich bei früheren Besprechungen mit den Herren der Baudirektion stets eingenommen. Die Bauten sollten zweckentsprechend und solide, aber ohne jeden Luxus errichtet werden. Von Behelfsbauten, die erfahrungsgemäß nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder restauriert oder abgerissen werden müssen, halte ich allerdings nichts.“ Gez Theodor Heuss. Schreiben vom 14.07.1950 an MinDir. Dr. Klaiber (BArch 157 3697)
- 63 Aktenvermerk Baureferat vom 21.12.1949, Besichtigung der Villa Hammerschmidt durch den Bundespräsidenten und Aktenvermerk Bundesbaudirektion über eine Besprechung beim Bundespräsidenten am 17.01.1950. Vermerk vom selben Tag (BArch 157/3697)
- 64 „Der Herr Bundespräsident behielt sich nur bei der Innenausstattung [Villa und Neubau] vor, seine eigenen Wünsche und seine eigene Geschmacksrichtung zur Geltung zu bringen. Er legt auf gediegene aber nicht verschwenderische Ausstattung wert.“ Aktenvermerk der BBD vom 21.12.1949 zu einer Besprechung beim Bundespräsidenten (BArch 157 3697). Im Planarchiv des BBR erhaltene Zeichnung belegen, dass Badberger sich auch mit der Inneneinrichtung des Palais beschäftigt hat. Datiert 10.07.1950. Unterzeichnet von Badberger
- 65 Vermerk zur Richtfeier vom 16.10.1950 des BMF Ref. IID (BArch 157/3697)
- 66 Aktenvermerk zur Erweiterung Bundeshaus. Deutscher Bundestag gez. Troßmann vom 28.06.1950 (BArch 157/36)
- 67 Antrag auf Vorwegbewilligung für Haushaltsmittel. Anträge an den Haushaltsausschuss des Bundestages des BMF Unterabteilung IIB vom 12.07.1950 (BArch 157/36).
- 68 Vermerk vom 8. Juni 1951. Nach Modellen und Entwurfsskizzen der BBD wird dem AA die Baumaßnahme erläutert. Der Wettbewerb wird im BMF von Ministerialrat Weil vorbereitet. Bestand BBR-Plankammer. Wenig später wurde die Planungen Staatssekretär Hallstein präsentiert. Vermerk vom 12. Juni 1951 in BBR-Plankammer
- 69 Freese trug ab 1941 die offizielle Bezeichnung „Beauftragter Architekt des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt Berlin“. Arbeitsschwerpunkt Freeses bildeten Entwürfe für öffentliche Gebäude, insbesondere durch Aufträge des Generalinspektors für Bauen an der geplanten Nord-Süd-Achse. Noch 1944 betraute ihn Speer mit der Wiederaufbauplanung für Karlsruhe (vgl. Schmitz 2004: 234).

- 70 In einem Nachruf auf Badberger schreibt sein Nachfolger Franz Sales Meyer hierzu:
„Der Neubau des Auswärtigen Amtes in Bonn ist in engster kollegialer Zusammenarbeit zwischen dem Gewinner des damals veranstalteten Wettbewerb, Prof. Freese, Berlin, und Karl Badberger entstanden, der ihn nach dem Tode Freeses zu Ende geführt hat“.
In: Die Bauverwaltung, Heft 7, 1965: 443.
- 71 Vgl. hierzu die Erinnerungen von Franz Sales Meyer, dem Nachfolger von Karl Badberger Meyer (Sales Meyer in BBD Information 1978: 12)
- 72 Vgl. auch die vorangegangenen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und dem Architekten Hans Schwippert in Gestaltungsfragen zum Bau des Bundeshauses (Thorn-Prikker 1992: 249 f.)
- 73 In einem Vermerk der BBD vom 01.12.1951 zum Neubau ist eine „Besichtigungsfahrt mit dem Herrn Bundeskanzler“ für den 29.11.1951 überliefert (Aktenbestand Plankammer BBR).
- 74 Vermerk des BMF vom 05.03.1952 in Abschrift. Im Vermerk wird die nochmalige Vorlage der Pläne am 04.03.1952 betont. Dies lässt darauf schließen, dass dem vermerkten Treffen mehrere Termine vorangegangen sind (Aktenbestand Plankammer BBR).
- 75 Vermerk der BBD vom 05.05.1953 über eine Besprechung beim Bundeskanzler (Aktenbestand Plankammer BBR)
- 76 Dr. Konrad Nonn. Geboren 28.11.1877. Architekt und Ministerialrat. Seit 01.01.1931 NSDAP-Mitglied; seit 1940 SS-Mitglied (Sturmbannführer). Personalakten im Bundesarchiv (BArch R 9361III)
- 77 Vgl. hierzu z. B. Hermann Seeger im „Handbuch der Architektur“ zu „Künstlerischen Forderungen an die Architektur des öffentlichen Gebäudes“. Auch hier wird von der Antike bis zur Gegenwart der „Geist des Architektonischen“ beschworen (Seeger 1943: 14 ff.).
- 78 Ende Oktober 1952 kam zum ersten Mal ein Beirat zusammen, der die Arbeit der Schriftleitung regelmäßig begleiten sollte. Die anderen bauenden Ressorts sowie später die Ländervertreter sollten darin vertreten sein. Das erste Sitzungsprotokoll macht die Schwierigkeiten deutlich, ein Profil für die Zeitschrift zu finden. Zudem stellte das vom Bundeswohnungsbauministerium herausgegebene „Bundesbaublatt“ eine Konkurrenz dar. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit einem publizistischen Konzept ist auch späteren Sitzungsprotokollen des Beirats aus den 1950er-Jahren nicht zu entnehmen (BArch 157/992).
- 79 Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages an den Herrn Bundeskanzler vom 26.01.1950 (BArch 157/96 pag. 145; Büttner 2011: 61)
- 80 Bericht Ministerialrat G. Schmidt vom 27.02.1950 an den Herrn Minister (BArch 157/95 pag. 3)
- 81 Vermerk zur Förderung der bildenden Kunst und amtlicher Grafik. Berichterstatte Min.Rat. Weil vom 25.07.1950 (BArch 157/89)
- 82 Schreiben von IIA Weil an IID gez. MR Vialon vom 31.01.1951 (BArch 157/89)
- 83 Schreiben von Weil IID an den AL II vom 15.08.1950 (BArch 157/89 pag. 25)
- 84 Ministerialrat Weil an den Leister der Bundesbaudirektion vom 09.01.1951 m.d.B., die Leitung des Fachgremiums zu übernehmen (BArch B157/89 pag. 55)
- 85 Frage des BMF nach dem „Schild des deutschen Adlers“ an Professor Redslob vom 08.12.1950. Gez. Weil. BArch B157/95 pag. 13. Das Schild des deutschen Adlers war eine Auszeichnung der Weimarer Republik, die anstelle von Orden genutzt wurde. Redslob (1884-1973) war von 1920 bis 1933 als Reichkunstwart zuständig für die „künstlerische Formgebung des Reichs“ (vgl. Welzbacher 2016: 15 ff.).
- 86 Antwortschreiben des BBD an das BMI vom 28.04.1952 (BArch B157/95 pag. 28)

- 87 Günther Lossow aus Köln gewann den ersten Preis. Seine Plastik ist noch heute an dem Gebäude zu finden.
- 88 Schreiben von Badberger an die Baugruppe im BMF vom 09.05.1952 (BArch B157/1669 pag. 19)
- 89 So sprach die Vorsitzende der Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstförderer mehrmals im BMF in Begleitung von verschiedenen Künstlerinnen vor. Badberger wurden die Künstlerinnen empfohlen, daraufhin kaufte er seine Auswahl an. Schreiben vom BMF (gez. Rossig) an Badberger vom 10.06.1954 (BArch 157/96 pag. 2)
- 90 Schreiben Badberger an das Germanische Museum Dr. Grothe vom 06.11.1953 und Antwort vom 11.11.1953 von Dr. Grothe (BArch B 157/95)
- 91 Schreiben Unterabteilung IID an den Direktor II vom 16.01.1953 sowie Werkvertrag vom 04.03.1953 (BArch B 157/20)
- 92 Schreiben Unterabteilung I A an die Unterabteilung II D wg. Werkverträge Badberger und Weil vom 04.03.1954 (BArch 157/20 pag. 139)
- 93 Schreiben Unterabteilung II D an Herrn Direktor vom 12.01.1953 (BArch B 157/20 pag. 111)
- 94 Schreiben vom Bundespräsidialamt Ordenskanzlei vom 07.08.17 an den Autor; Die Bauverwaltung 1965: 442
- 95 Schreiben BMF Ministerialdirigent Rossig an Karl Badberger vom 05.02.1955 (BArch B 157/20 pag. 152)

Literatur

- Badberger, Karl, 1925a: „Reiseskizzen aus Mazedonien“, datiert 26.02.1916, 29.03.1916 und 14.07.1918. In: Süddeutsche Baugewerkszeitung, Jg. 28, Nr.14: 228 u. Nr.19: 320, 323). München.
- Badberger, Karl, 1925b: Das Münchener Kriegerdenkmal. In: Süddeutsche Baugewerkszeitung Jg. 28, Nr. 8: 105 ff. München.
- Badberger, Karl, 1925c: Das Deutsche Museum in München. In: Süddeutsche Baugewerkszeitung, Jg. 28, Nr. 10: 146 f. München.
- BBD Information, 1978: Informationen der Bundesbaudirektion 1978: Nr. 1. Berlin (nur hausintern erschienen).
- Baumeister, 1953: Zeitschrift für Baukultur und Bautechnik. Hauptschriftleiter Rudolf Pfister. 50. Jahrgang München.
- Bösch, Frank, 2006: Der Gründungskanzler. Die Bundeskanzler und ihre Ämter. Hrsg. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland u. Bundeskanzleramt, Bonn: 12 ff.
- Büttner, Claudia, 2011: Geschichte Kunst am Bau in Deutschland. Hrsg. BMVBS. Berlin.
- Davidson, Mortimer G., 1992: Kunst in Deutschland 1933 bis 1945. Eine wissenschaftliche Enzyklopädie der Kunst im Dritten Reich. Tübingen.
- Denkmalpflegerische Bestandaufnahme Schwimmhalle Finckensteinallee 73, 2008: ©Brenne Architekten. Berlin. Unveröffentlichtes Gutachten für die Berlin Bäderbetriebe. Deutsche Bauzeitung, 1938: Berlin.
- Die Bauverwaltung – Zeitschrift für behördliches Bauwesen, 1952 ff.: 1. Jg. Hrsg. Der Bundesminister der Finanzen. Düsseldorf.
- Durth, Werner, 1992: Deutsche Architekten. Biographische Verflechtungen 1900–1970. 4. Auflage. München.
- Durth, Werner; Sigel, Paul, 2009: Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels. Berlin.
- Görtemaker, Manfred; Safferling, Christoph, 2016: Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit. München.
- Günther, Frieder, 2013: Vom Kulturbürger zum Präsidenten. Die Biographie von Theodor Heuss. In: Theodor Heuss und die Kunst. Hrsg. von Stefan Borchardt und Marc Gundel. Stuttgart.
- Gundel, Marc, 2013: Schreibtisch und Städtebau. Theodor Heuss. als Kulturfunktionär am Beispiel des Deutschen Werkbundes. In: Theodor Heuss und die Kunst. Hrsg. von Stefan Borchardt und Marc Gundel. Stuttgart.
- Gutschow, Niels, 2001: Ordnungswahn. Architekten planen im „eingedeutschten Osten“ 1939–1945. Hrsg. von Ulrich Conrads und Peter Neitzke. Bauwelt Fundamente 115. Berlin: 192 ff.
- Kübler, Andreas, 2007: Chronik Bau und Raum. Geschichte und Vorgeschichte des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Berlin.
- Münzel, Martin, 2017: Neubeginn und Kontinuitäten. Das Spitzenpersonal der zentralen deutschen Arbeitsbehörden 1945–1960. In: Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Hrsg. von Alexander Nützenadel. Göttingen.
- Naasner, Walter, 1998: SS-Wirtschaft und SS-Verwaltung. Düsseldorf.
- Niethammer, Lutz, 1982: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Berlin/Bonn
- Larsson, Lars Olof, 1978: Die Neugestaltung der Reichshauptstadt. Albert Speers Generalbebauungsplan für Berlin. Stuttgart.

- Löffler, Bernhard, 2016: Personelle und institutionelle Strukturen des Bundeswirtschaftsministeriums. In: Das Bundeswirtschaftsministerium in der Ära der Sozialen Marktwirtschaft. Hrsg. von Werner Abelshäuser. Berlin/Boston.
- Petzold, Hartmut, 2010: German Bestelmeyer und der zweite Bauabschnitt des Deutschen Museums. In: Das Deutsche Museum in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Bestandsaufnahme. Hrsg. von Elisabeth Vaupel und Stefan L. Wolff. Göttingen.
- Planen und Bauen im neuen Deutschland, 1960: Hrsg. vom Bund Deutscher Architekten u.a. Köln/Opladen.
- Pommerin, Reiner, 1989: Von Berlin nach Bonn. Die Alliierten, die Deutschen und die Hauptstadtfrage nach 1945. Köln/Wien.
- Reichle, Karl, 1939: Die Schwimmhalle der Leibstandarte SS Adolf Hitler. In: Zentralblatt der Bauverwaltung, Heft 30: 803 ff.
- Reichardt, Sven; Zierenberg, Malte, 2008: Damals nach dem Krieg. Eine Geschichte Deutschlands 1945 bis 1949. München.
- Reichardt, Sven; Seibel, Wolfgang, 2011: Radikalität und Stabilität: Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus. In: Der prekäre Staat. Hrsg. v. Sven Reichardt u. Wolfgang Seibel. Frankfurt, New York.
- Schmitz, Frank, 2004: Ein Wohnhaus für Arno Breker. In: Dauer und Wechsel, Festschrift für Harnold Hammer-Schenk zum 60. Geburtstag. Berlin: 328 ff.
- Schmitz, Frank, 2009: Denkmalfachliches Gutachten Bundesarchiv. Büro für Baugeschichte im Auftrag des BBR. Unveröffentlicht. Berlin.
- Schultz, Ulrike, 2017: Das Reichsarbeitsministerium 1919–1945. Organisation, Führungspersonal und politische Handlungsspielräume. In: Das Reichsarbeitsministerium im Nationalsozialismus. Hrsg. von Alexander Nützenadel. Göttingen.
- Seeger, Hermann, 1943: Öffentliche Verwaltungsgebäude. Handbuch der Architektur IV. Teil, 7. Halbband. Heft 1b. 3. Auflage. Leipzig.
- Schulte, Jan Erik, 2001: Zwangsarbeit und Vernichtung: das Wirtschaftsimperium des SS, Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt. Paderborn.
- Stein auf Stein. Ein Bildbericht über Bauaufgaben und Bauten des Bundes 1949–1964. 1964: Hrsg. in Zusammenarbeit mit dem Bundes-schatzministerium. Berlin.
- Strubelt, Wendelin; Briesen, Detlef (Hrsg), 2015: Raumplanung nach 1945, Kontinuitäten und Neuanfänge in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt/M.
- Süddeutsche Baugewerkszeitung, 1925: 28.Jg. München.
- Teut, Anna, 1967: Architektur im Dritten Reich. 1933-1945. Berlin.
- Thiersch, Heinz, 1961: German Bestelmeyer. München.
- Welzbacher, Christian, 2006: Die Staatsarchitektur der Weimarer Republik. Berlin.
- Welzbacher, Christian, 2016: Monumente der Macht. Eine politische Architekturgeschichte Deutschlands 1920–1960. Berlin.
- Zentralblatt der Bauverwaltung vereinigt mit Zeitschrift für Bauwesen. Mit Nachrichten der Reichs- und Staatsbehörden. 1933: Hrsg. im Preussischen Finanzministerium. Schriftleiter Dr. Nonn. 53. Jg., Berlin.
- 100 Jahre Deutscher Werkbund 1907–2007, 2007: Hrsg. Winfried Nerdinger. München.
- BArch: Bestände im Bundesarchiv Berlin und Koblenz

Namensregister

Adenauer	27, 31, 32
Bestelmeyer	8, 9, 10, 12, 20
Bonatz	8
Freese	12, 31, 32
Haas	20
Heuss	27, 28, 33
Hommel	10
Kammler	14, 15, 21
Kreis	20
Mertz	38
Nonn	19, 33
Pohl	14
Redslob	35
Rossig	37, 39
Sales Meyer	31, 38
Schultze-Naumburg	8
Schwippert	29
Speer	6, 12, 13, 20, 31, 33, 39
Thiersch	8, 31
von Krosigk	22, 23
Voss	6, 25
Weil	22, 24, 25, 28, 31, 33, 34, 35, 38, 39

Bildverzeichnis

- Abb. 1: Quelle: Personalakte BArch PERS/101 48113
- Abb. 2–3: Quelle: Süddeutsche Baugewerkszeitung 1925: 228, 320
- Abb. 4: Quelle: Tiersch 1961: 82
- Abb. 5: Quelle: Zentralblatt der Bauverwaltung 1939: 804
- Abb. 6: Quelle: Zentralblatt der Bauverwaltung 1939: 806
- Abb. 7: Quelle: Bundesarchiv/Bildarchiv
- Abb. 8: Quelle: Bundesarchiv/Bildarchiv, Bild 101III-Wisniewski-005-21A
- Abb. 9: Quelle: Bundesarchiv/Bildarchiv, Bild 101III-Boegel-007-28A
- Abb. 10: Quelle: Zentralblatt der Bauverwaltung 1938: 1
- Abb. 11: Quelle: Bundesarchiv/Bildarchiv, Bild 183-19000-2620
- Abb. 12: Quelle: SS-Personalakte BArch R9361 III 515117
- Abb. 13: Quelle: Die Bauverwaltung 1960: 217
- Abb. 14: Quelle: Stein auf Stein 1964: 29
- Abb. 15: Quelle: Stadtarchiv Bundesstadt Bonn
- Abb. 16: Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – Bildbestand, B 145
Bild-00005187, Foto: Rolf Unterberg
- Abb. 17: Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – Bildbestand,
Foto: Rolf Unterberg
- Abb. 18: Quelle: Die Bauverwaltung 1952: 212
- Abb. 19: Quelle: Die Bauverwaltung 1952: 212
- Abb. 20: Quelle: Stadtarchiv Bundesstadt Bonn
- Abb. 21: Quelle: Stadtarchiv Bundesstadt Bonn
- Abb. 22: Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung – Bildbestand, B 145
Bild-00008945
- Abb. 23: Quelle: Die Bauverwaltung 1953: 138
- Abb. 24: Quelle: Die Bauverwaltung 1953: 138
- Abb. 25: Quelle: BBR-Bildarchiv

